

Wöchentlich 88 Pfg., monatlich 2,40 M., im Voraus zahlbar, Halbjahres 4,32 M., einjähr. 8,64 M., Auslandsendonement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, illustrierte Beilagen „Woll und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrling“, „Bild in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Die einseitige Konvertierung des 20 Pfennig-Briefmarkens in Reichsmark, „Kleine Anzeigen“ des teigebundenen Wortes, jedes weitere Wort 12 Pfennig, Stellenangebote das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig, Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte, Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig, Anzeigenannahme im Hauptgeschäft (Abendblatt) wochentlich von 6 Uhr bis 11 Uhr.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297, Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 598. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Letzte Schwierigkeiten.

Hermann Müller heute bei Hindenburg.

Im Laufe des gestrigen Tages haben sich ziemlich unerwartet neue Schwierigkeiten ergeben, von denen man hofft, daß sie bis heute nachmittag beseitigt sein werden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand das Zentrum.

Hermann Müller hatte am Vormittag dem demokratischen Abg. Dietrich-Baden das Ernährungsministerium angeboten, dieser hatte angenommen und die Demokraten hatten zugestimmt. Nun meldete das Zentrum überraschenderweise seinen Anspruch auf dieses Ministerium an, gab ihn jedoch nach einer neuen Beratung wieder auf.

In einem früheren Stadium der Verhandlungen hatte Übereinstimmung darüber bestanden, daß das Amt eines Vizekanzlers in dem kommenden Kabinett nicht eingerichtet werden sollte. Es war eine zweite Überraschung, daß das Zentrum nunmehr vorschlug, dieses Amt doch wieder zu besetzen und zwar mit Wirth. Während das Zentrum in seiner neuen Beratung im Punkt des Ernährungsministeriums nachgab, blieb es in der Frage der Vizekanzlerschaft auf seinem Standpunkt. Es erklärte, unbedingt an der Vizekanzlerschaft Wirths festzuhalten.

Die Meinungsverschiedenheiten, die über diesen Punkt entstanden, betreffen nicht den Mann, sondern das Amt. Daß gerade Wirth in der Sozialdemokratischen Partei Sympathien besitzt, ist bekannt. Die veränderte Stellung des Zentrums gegenüber diesem vielumstrittenen Posten ist erfreulich. Vor ein paar Wochen, als der Bürgerblock noch existierte, war Wirth in seiner Partei ein Prediger in der Wüste, sein Heimatland Baden stellte ihn gar nicht mehr als Kandidaten für den Reichstag auf. Jetzt will ihn das Zentrum nicht nur zum Minister machen, sondern ihm sogar vor allen anderen Ministern einen Vorrang verleihen und ihn an die höchste Stelle neben den Kanzler setzen. Das ist eine erfreuliche Wendung.

Die Sozialdemokraten werden Wirth als Mitglied des Kabinetts begrüßen. Hoffentlich bestätigt sich die Behauptung nicht, daß er überhaupt verzichten will, wenn er „nur Ressortminister“ werden sollte. Die Meinungsverschiedenheiten betreffen, wie schon gesagt, nicht die Persönlichkeit Wirths, sondern die Frage, ob die Einrichtung einer Vizekanzlerschaft zweckmäßig ist oder nicht. Vielleicht betreffen sie zum Teil auch die Frage, ob bei einem Kabinett ohne koalitionsmäßige Bindung einzelne Fraktionen die Personenfragen anteilweise souverän regeln können bis zu dem Punkte, daß dem Reichskanzler der Minister

beigegeben wird, von dem er sich im Behinderungsfalle vertreten lassen muß. Es wäre auch recht bedenklich, wenn nun eine Konkurrenz zwischen den Fraktionen entstände, welche den Vizekanzlerposten bekommen soll.

Das Verhalten des Zentrums hat begreiflicherweise die Folge gehabt, daß auch schon wieder die Volkspartei ihren Anspruch, in der Personenfrage mitzureden, angemeldet hat. Die volksparteiliche Reichstagsfraktion tritt heute um 11 Uhr vormittag zusammen, ebenso die des Zentrums.

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion war gestern auf 4 Uhr nachmittags einberufen, mußte aber immer wieder vertagt werden, weil das Zentrum unentwegt weiterberiet. Sie hielt um 6 Uhr und 1/8 Uhr abends zwei kurze Sitzungen ab, in denen keine Beschlüsse gefaßt wurden. Heute um 1 Uhr nachmittags tritt sie wieder zusammen.

Um 5 Uhr nachmittags soll über den Rest der noch zu erledigenden Personenfragen Klarheit geschaffen sein. Dann wird Hermann Müller zum Reichspräsidenten gehen, um ihm abschließend zu berichten.

Soweit die Lage von gestern abend eine Voraussicht gestattet, wird das Kabinett folgendermaßen besetzt sein:

4 Sozialdemokraten: Hermann Müller Reichskanzler, Severing Inneres, Hilferding Finanzen und ein noch zu bestimmender Parteigenosse für die Justiz.

3 Zentrumsmitglieder: Brauns Arbeit, Wirth Verkehr, v. Guérard besetzte Gebiete.

2 Volksparteiler: Stresemann Äußeres, Curtius Wirtschaft.

1 Demokrat: Dietrich-Baden Ernährung, 1 Bayerischer Volksparteiler: Schägel Post und 1 Minister ohne Parteizugehörigkeit, der Reichswehrminister Groener.

Der Demokratische Zeitungsdienst schreibt: „Hermann Müller hat im Laufe der Verhandlungen den demokratischen Reichstagsabgeordneten Dietrich-Baden gefragt, ob er bereit sei, das Ernährungsministerium zu übernehmen. Dietrich-Baden hat von dieser Anfrage der demokratischen Reichstagsfraktion Mitteilung gemacht, und die demokratische Fraktion hat sich mit der Entsendung Dietrich-Badens in das kommende Kabinett einverstanden erklärt. Das ist der normale Weg. Denn die Parteien sollen nicht delegieren oder präsentieren, sondern der Reichskanzler soll sich seine Minister selbst aussuchen.“

Der Franken stabil — Poincaré instabil.

Paris, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der französische Ministerrat erörterte am Dienstag in einer langen Sitzung die politische Lage. Man nimmt an, daß es dem Einfluß der vier radikalen Kabinettsmitglieder gelingen wird, den größten Teil ihrer Gruppe zur Stimmabgabe für die Regierung zu veranlassen. Poincaré ist seinerseits zu einem Entgegenkommen an die radikalsozialen Forderungen nach der „gerechteren Verteilung der Steuerlasten“ bereit, hält dagegen seinen Standpunkt bezüglich der Beamtenfrage und des religiösen Sonderstatus für das Unverhandelbare. Diese Fragen bleiben also offen und werden möglicherweise später als Sprungmittel der nationalen Einheit wirken.

Wirtschaftsrat in England.

Der Generalrat der Gewerkschaften für Ausgleichsversuche mit der Industrie.

London, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Dem Generalrat der britischen Gewerkschaften liegen am Dienstag die von den Vertretern der Gewerkschaften und Vertretern der Industriellen, der sogenannten Round-Gruppe, gemeinsam ausgearbeiteten Vorschläge zu einem weiteren Ausbau der gemeinsamen Besprechungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Beratung vor. Die Vorschläge sehen vor: 1. die Errichtung eines ständigen Landesindustrierates, der paritätisch aus Vertretern der Unternehmer und Arbeiter zusammengesetzt werden soll. An Stelle der bisherigen Round-Gruppe, die nur einen Teil der britischen Industriellen umfaßt, soll in Zukunft auf Arbeitgeberseite der Landesverband der britischen Unternehmer treten. 2. Die Schaffung eines paritätischen Ausgleichsamtes, dessen Aufgabe sein soll, industrielle Meinungsverschiedenheiten zu prüfen,

ehe sie in das Stadium des Streiks oder der Aussperrung getreten sind und an ihrer Beilegung mitzuwirken. Das Ausgleichsamte soll keinerlei obligatorischen Charakter besitzen.

Der Generalrat nahm die Vorschläge mit 18 gegen 4 Stimmen an. Eine von Hicks eingebrachte und von dem Bergarbeiterführer Cook unterstützte Resolution, die eine Beendigung der gemeinsamen Besprechungen mit den Unternehmern forderte, wurde mit 15 gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Schottische Bergarbeiter gegen Cook.

London, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der schottische Bergarbeiterverband hat beschlossen, auf dem kommenden Verbandstag der englischen Bergarbeiter die Amtsenthebung von Cook als Mitglied des Generalrats der Gewerkschaften zu beantragen. Sein Nachfolger soll nach dem Wunsch des schottischen Bergarbeiterverbandes der Bergarbeiterabgeordnete Bellh werden.

Der Parteitag der 16 000.

Unerträgliche Hitze auf dem demokratischen Konvent.

Houston, 26. Juni.

Der demokratische Parteitag findet in der eigens für die Parteitagung errichteten Sam Houstonhalle statt, die 16 000 Personen faßt. Der Vorsitzende des demokratischen Nationalkonvents Shaver eröffnete die Sitzung, die jedoch nach einigen Formalitäten nach halbständiger Dauer bis zum Abend vertagt wurde. In der Abend Sitzung wird Claude Bowers, Redakteur der „New Yorker Evening World“ die Programmrede halten. Die Abend Sitzung wurde infolge der hier herrschenden unerträglichen Hitze anberaumt. In der Konventshalle herrschte bei der Eröffnung eine drückende Schwüle, obwohl die Wände der Halle nur bis zur halben Höhe des Saales reichen, um den Luftstrom zu erleichtern.

Das Bevölkerungsproblem.

Geburtenrückgang in Deutschland.

Von Bl. Woytinsky.

Hinter den Tagesproblemen, welche die Öffentlichkeit gegenwärtig in Spannung halten, sind die neulich vom Statistischen Reichsamte veröffentlichten Angaben über die Bevölkerungsbewegung im Deutschen Reich so gut wie unbemerkt geblieben. Indessen beziehen sich diese Angaben auf eine Frage, die für Deutschland bald eine Schicksalsfrage werden wird, vielleicht sogar schon eine Schicksalsfrage geworden ist.

Die Sozialdemokratie hat niemals den Standpunkt vertreten, daß ein möglichst schnelles Bevölkerungswachstum den Interessen der Arbeiterklasse entspreche. Eher war man in den Zeiten der großen Not und der großen Arbeitslosigkeit geneigt, zu denken, daß es nicht schlecht sein würde, wenn die Arbeiterfamilien nicht so kinderreich wären. Daher stammt auch das alte Schlagwort des „Geburtenstreikes“, der das Gleichgewicht zwischen der Nachfrage und dem Angebot der Arbeitskraft, sowie zwischen dem Ernährungsspielraum und dem Umfang der Bevölkerung wieder herstellen würde. Eine zu schnelle Bevölkerungszunahme, welche die Entwicklung der produktiven Kräfte überholt, die Not vermehrt und den Aufstieg der unterdrückten Volksmassen erschwert, ist selbstverständlich ein großes Übel. Wenn aber das Wachstum der Bevölkerung nicht zu schnell vor sich geht, wenn es mit dem Wachstum der produktiven Kräfte Schritt hält, wird es selbst zu einem wichtigen Faktor des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. So wäre z. B. der Aufstieg Deutschlands in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege unmöglich gewesen, wäre er nicht von dem Wachstum der Bevölkerung getragen. Andererseits hat das Beispiel Frankreichs gezeigt, daß der Stillstand im Bevölkerungswachstum nicht geeignet ist, der Arbeiterschaft eine günstige Stellung auf dem Arbeitsmarkt zu sichern und ihren Vormarsch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung zu fördern. Um der Envidiosität vorzubeugen, nimmt Frankreich jährlich Hunderttausende von Einwanderern aus rückständigen Ländern und aus seinen Kolonien auf, die auf dem Arbeitsmarkt als Lohnbrüder auftreten und die Organisierung der Arbeitermassen aufs ernste erschweren. In Deutschland liegen aber alle Bedingungen anders als in Frankreich, und hier ist die Gefahr besonders groß, daß mit dem Stillstand in dem Bevölkerungswachstum auch ein Stillstand im wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt eintritt, daß dem zahlenmäßigen Rückgang der Bevölkerung auch ein kultureller Rückgang folgt. Es erübrigt sich, hier auf diese Gefahr einzugehen. In den sozialdemokratischen Kreisen ist man einig, daß ein Rückgang der Bevölkerung in Deutschland ebenso unerwünscht ist, wie ihr zu schnelles Wachstum; worüber man streitet, ist nur, ob man in Deutschland schon jetzt ernst von einem Rückgang der Bevölkerung reden kann. Und gerade in dieser Frage geben die neulich veröffentlichten Angaben des Statistischen Reichsamtes lehrreichen Aufschluß.

Die Sterblichkeit ist im Deutschen Reich im Jahre 1927 gestiegen, was hauptsächlich auf die Grippeepidemie des 1. Vierteljahres und die ungünstige Witterung des letzten Vierteljahres zurückzuführen ist. Auf 1000 Einwohner starben im Jahre 1913 14,8, im Jahre 1925 11,9, im Jahre 1926 11,7 im Jahre 1927 12,0. Wenn die Sterblichkeitsziffer im Jahre 1927 dennoch erheblich unter dem Niveau der Vorkriegszeit stand, so war es vor allem dank dem Rückgang der Säuglingssterblichkeit. Von 100 Lebendgeborenen starben nämlich im ersten Lebensjahre im Jahre 1913 15,1, im Jahre 1925 10,5, im Jahre 1926 10,2, im Jahre 1927 9,7. Für die über ein Jahr alte Bevölkerung ist das Bild bei weitem nicht so erfreulich; von 11,1 auf 1000 im Jahre 1913 ist die Sterblichkeitsziffer auf 10,4 zurückgegangen — freilich, ein Rückgang, aber ein recht bescheidener. Dazu läßt die Besonderheit des gegenwärtigen Altersaufbaus der Bevölkerung Deutschlands in der nächsten Zukunft eher eine Steigerung als eine Senkung der Sterblichkeitsziffer erwarten. Dagegen ist die Zahl der Geburten im Deutschen Reich in unaufhaltbarem Rückgang begriffen.

Die Zahl der Lebendgeborenen betrug im Jahre 1927 1 160 000 — 68 000 weniger als im Vorjahre, 133 000 weniger als im Jahre 1925, 446 000 weniger als im Jahre 1913 — auf dem jetzigen Reichsgebiet! Auf 1000 Einwohner kamen Lebendgeborene:

im Jahre 1913	26,9
1920	25,9
1921	25,3
1922	22,9
1923	21,4
1924	20,1
1925	20,7
1926	19,1
1927	18,8

Die Lebendgeborenenziffer ist also in 7 Jahren um 25,9 auf 18,3, d. h. um 28 Proz. gefallen. Zwar gab es noch im Jahre 1927 einen Geburtenüberschuß von 6,4 auf 1000 Ein-

Unterworfenen Völker.

Zur Diskussion des Kolonialproblems auf dem kommenden Kongress der Internationale.

E. W. London, im Juni 1928.

Der Sozialismus lehnt die politische Beherrschung der Kolonialvölker grundsätzlich ab. Er betrachtet die Aufhebung des Kolonialverhältnisses als eine Voraussetzung einer internationalen Völkergemeinschaft. Die von der Kolonialkommission der Sozialistischen Arbeiterinternationale in ihrem unlängst veröffentlichten, dem Internationalen Kongress zu unterbreitendem Entwurfe formulierte grundsätzliche Erklärung bildet das A und O jeder sozialistischen Kolonialpolitik. Sie wird im Rahmen der sozialistischen Parteien nirgends Widerspruch finden. Wohl aber sind Meinungsverschiedenheiten über die praktischen Folgerungen möglich, die sich aus dieser prinzipiellen Forderung für die Parteien ergeben. Als erste und selbstverständliche logische Folge scheint sich aus dem eingangs aufgestellten grundsätzlichen Verlangen nach Aufhebung des Kolonialverhältnisses die Forderung nach sofortiger Gewährung der vollen Selbstregierung für die unterdrückten Völker zu ergeben, die in der Form der unmittelbaren Zurückziehung der militärischen und Verwaltungsorgane des Kolonialreiches erfolgen müßte. Dies ist ja auch die Formel, in der sich die landläufige Erörterung der Kolonialfrage bewegt. Theoretisch scheint diese sofortige Gewährung der Selbständigkeit zunächst unannehmbar zu sein, aber eine kurze Ueberlegung zeigt, daß diese Forderung auf so entscheidende und auch für das sozialistische Denken so überzeugende Einwände stößt, daß sie, in ihrer allgemeinen Form wenigstens, für die sozialistische Praxis als unbrauchbar betrachtet werden muß. Da ist zunächst, als wichtigster Einwand, die unbestreitbare Tatsache, daß — sieht man zunächst einmal von Indien ab, wo die Dinge besonders liegen — es

in mehr als 95 Prozent aller Kolonialgebiete, Protektorate, Mandate überhaupt keine auf Selbstregierung ableitende Bewegung

gibt, da die Bevölkerung dieser Gebiete noch nicht auf einer Entwicklungstufe steht, die eine solche Forderung reifen könnte. Nun mag man vielleicht diesen Einwand nicht gelten lassen und darauf verweisen, daß diese Völker ja auch vor ihrer Beherrschung durch ein „Mutterland“, das sich übrigens meistens als ein Stiefmutterland erwiesen hat, sich selbst, wenn auch auf mehr oder minder primitiver Weise, regiert und verwaltet haben. Dieser mehr geräuschvolle Einwand übersieht jedoch ein Dreifaches: Erstens, daß die europäischen Kolonialreiche die einheimischen Institutionen zum großen Teile, bewußt oder unbewußt, zerstört und die Eingeborenen entmündigt haben. Sie wären also, ihrer herkömmlichen Herrschaftsformen verlustig und in den modernen europäischen nicht gekult, vielfach der Anarchie ausgeliefert. Dies, zweitens, um so mehr, als der unaußhaltbare Fortschritt der Zivilisation, d. i. des Kapitalismus und der Technik die Gesellschafts- und Wirtschaftsformen der betreffenden Länder so verändert haben, daß die Eingeborenen, deren plötzlich die Verantwortung für ihr eigenes Schicksal übergeben würde, unermittelte Aufgaben gegenüberstünden, denen sie nicht gewachsen sein können. Daraus sich, drittens, in zahlreichen Fällen ergeben würde, daß sich an Stelle des Kolonialreiches, das seinen Militär- und Verwaltungsrat zurückgezogen hat, und das ist ein Punkt, auf den die Labour Party besonders Nachdruck legt,

weil sie Siedler, Abenteurer oder einheimische Diktatoren die Herrschaft annehmen

würden. Diese wären in 90 von 100 Fällen schlimmer als die Verwaltung durch die Kolonialreiche, die doch im Falle England, Frankreich, Holland und Belgien direkt oder indirekt der Parlamentarischen Kontrolle des Heimatlandes untersteht. Es ist selbstverständlich und wird auch von keinem Sozialisten bestritten werden, daß die volle Selbständigkeit überall dort, wo sie von einer

Mehrheit der Bevölkerung gefordert wird, unbedingt gewährt werden muß, und daß hierbei die Frage, ob die Eingeborenen sich selbst besser regieren werden, als dies von Seiten der Kolonialmacht getan wurde, grundsätzlich und nachdrücklich ausgeklammert werden muß. Vorsorge muß in einem solchen Falle allerdings dafür getroffen werden, daß die gewährte Selbständigkeit nicht zu neuer Sklaverei im oben angedeuteten Sinne führt. Hier eröffnet sich für die Zukunft des Völkerbundes ein Tätigkeitsgebiet, das in der vom Völkerbunde (wenigstens auf dem Papier) ausgeübten Mandatskontrolle seine ersten Anfänge hat. Überall dort jedoch, wo das ist weitläufig der größte Teil des Kolonialterritoriums der Welt, wo die Entwicklung der eingeborenen Bevölkerung noch nicht bis zu jenem Stadium des Selbstbewußtseins vorangeschritten ist, die Voraussetzung für eine Freiheits- und Selbstständigkeitsbewegung bildet, kann die nächste Aufgabe lediglich

Vorbereitung auf Selbständigkeit

lauten. Bewußt und unbewußt hat die im Dienste kapitalistischer Staaten stehende Verwaltung in den Kolonialgebieten die Interessen der Eingeborenen dem Wirtschaftsinteresse des „Mutterlandes“ und dem privaten Profitinteresse untergeordnet. Sie hat allgemein gesprochen, die Anechtung der Eingeborenen unter das Joch der weißen Siedler unterstützt, d. h. die Expropriation der Eingeborenen von ihrem Grund und Boden gefördert und gleichzeitig beständig durch Arbeits-, Wanderungs- und Steuerordnungen die persönliche Freiheit des gelben, braunen und schwarzen Mannes beschränkt und es gleichzeitig vernachlässigt, ihn durch Schulbildung, durch Heranziehung zur Selbstverwaltung für die Freiheit vorzubereiten. Möglicherweise auch die ärgsten Ausschüßelungen, wie sie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts üblich waren, nicht mehr an der Tagesordnung sind, im Grunde hat sich an der Haltung der Kolonialreiche gegenüber ihren „Untertanenländern“ nichts geändert. Was wir beobachten ist nur eine Verringerung des Grades und der Methoden der Unterdrückung, nicht des Wesens der Kolonialverwaltung. So sehen wir uns einem trügerischen Zirkel gegenüber, in dem sich die Frage der Befreiung der unterdrückten Völker unter der Herrschaft des Imperialismus bewegt: er erlaubt die Völker ihrer Freiheit, zwingt ihnen die neuen Wirtschaftsformen auf, zerstört ihren heimischen Gesellschaftskörper und ihre einheimischen Herrschaftsbeziehungen und verhindert gleichzeitig die Zurückgewinnung ihrer Freiheit, indem er ihnen die zur Beherrschung der neuen Verhältnisse nötigen Erziehungsmöglichkeiten vorenthält. Dieser Zirkel kann heute nur von der sozialistischen und Arbeiterbewegung der Welt durchbrochen und damit der doch so natürliche Weg zur Befreiung der unterdrückten Völker aus der Hilflosigkeit, in die sie der Imperialismus und sein Bruder, der Kapitalismus, gestochen, eröffnet werden. Durch die politische Bewegung der Arbeiterschaft der „Mutterländer“, indem sie innerhalb und außerhalb der Regierungen ihrer Länder den größtmöglichen Druck und

Die denkbar größte Einflußnahme auf die Kolonialverwaltung

in die Richtung auf Schulung der Eingeborenen und Heranziehung zur Selbstverwaltung ausübt und gleichzeitig die wirtschaftliche Grundlage für die Aufrechterhaltung ihrer schrittweise zu erringenden politischen Freiheit dadurch schafft, daß sie die Reform der Agrarverfassung im Sinne einer Rückgabe des geraubten Grund und Bodens an die Eingeborenen in den Vordergrund ihrer Kämpfe stellt. Durch die politische und insbesondere gewerkschaftliche Arbeiterbewegung der ganzen Welt, in dem Maße — wie es in der Einführung der Kolonialkommission der Internationale heißt — die Entwicklung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in diesen Ländern selbst mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln fördert und sie im Sinne der Demokratie und des Sozialismus beeinflusst.

wahner, unverkennbar ist aber die sinkende Tendenz dieses Ueberschusses. Im Jahre 1925 war die Zahl der Lebendgeborenen um 548 000 höher als die Zahl der Gestorbenen, im Jahre 1926 um 493 000, im Jahre 1927 um 403 000. Wie groß wird — bei dieser Entwicklungstendenz — der Geburtenüberschuß im Jahre 1930 oder im Jahre 1932 sein?

Wenn die Entwicklung weiter in der selben Richtung und mit derselben Geschwindigkeit vor sich geht, wird das Wachstum der Bevölkerung in Deutschland etwa in fünf Jahren zum Stillstand gelangen. Noch ein Schritt weiter — und Deutschland beiträgt den Weg der absoluten Entvölkerung.

Am deutlichsten erscheint die Tragweite des Geburtenrückganges, wenn man die Zahlen der Lebendgeborenen zur Zahl der Frauen im Alter von 15 bis 45 Jahren in Beziehung setzt. Im Jahre 1913 kamen auf 1000 gebärfähige Frauen 116,5 Lebendgeborene, im Jahre 1925 nur 80,2, im Jahre 1926 75,4, im Jahre 1927 nur 70,4. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß im Jahre 1927 diese Bewegung den End- und Haltpunkt erreicht habe. Vielmehr muß man einen weiteren Rückgang dieser Zahlen erwarten.

Vor anderthalb Jahren, als die statistischen Angaben über die Bevölkerungsbewegung in Deutschland nur für das Jahr 1925 vorlagen, hat Professor A. Grotjahn in einem Vortrag vor der Deutschen Weltwirtschaftlichen Gesellschaft gezeigt, daß die deutsche Geburtenziffer bereits bei der Mindesterhaltungsziffer angelangt ist, — als eine solche betrachtete er mit Recht 20 Lebendgeborene auf 1000 Einwohner: diese Zahl genügt nämlich, um bei einer durchschnittlichen Lebensdauer von 50 Jahren einen Rückgang der Bevölkerung zu vermeiden. „Es ist mehr als wahrscheinlich“, mahnte damals Grotjahn, „daß der Geburtenrückgang auch an dieser Stelle nicht haltmachen wird.“ Die letzten zwei Jahre haben dem Pessimismus Grotjahns recht gegeben. Die Gefahr der Entvölkerung Deutschlands hat sich genähert.

Die Ursachen des Rückganges der Geburtenzahl sind allgemein bekannt. Zu den ungünstigen sozialen Lebensbedingungen gesellt sich in diesem Falle eine neue Einstellung der breiten Volksschichten in der Familienfrage, die in der sich immer mehr verbreiteten Anwendung der Methoden der Geburtenverhütung ihren Ausdruck findet.

Die Abneigung des vom Hunger bedröhten Menschen, unbeschränkt Bettler fortzupflanzen sowie die Weigerung der Arbeiterfrau, ewige Skavin der Familienherde zu bleiben, ist wohl begründet und wird kaum aufhören. Die Gefahr der Entvölkerung kann nur damit abgewehrt werden, daß man für die Volksmassen und vor allem für die unbemittelten kinderreichen Familien bessere Lebensbedingungen schafft. Als ein spezifisches Mittel schlagen die Sozialhygieniker die Elternschafts- oder Kinderrentenversicherung vor, und dieser Vorschlag verdient, auf's ernste erwogen zu werden. Aber auch die Maßnahmen der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Politik müssen in eine richtige Beziehung zum Bevölkerungsproblem gebracht werden.

Es gibt in Deutschland etwa 800 000 Familien, die keine eigene Wohnung besitzen. Es gibt Millionen Familien, in welchen der Lohn des Mannes nicht ausreicht, um den Ausgaben das Existenzminimum zu sichern. Die Wohnungsmangel, die unbefriedigenden Löhne, die steigenden Lebensmittelpreise, alle diese Folgen einer kurzfristigen, im Interesse des Besitzes diktierten Politik gehören zu den Faktoren, welche die Reizung einer unbemittelten Familie Kinder zu haben hemmen, die Zahl der Geburten herabdrücken und die Gefahr des Rückganges der Bevölkerung steigern.

Die von der Sozialdemokratie vertretene wirtschaftliche und soziale Politik ist allein geeignet, für die Lösung des immer akuter werdenden Bevölkerungsproblems günstigere Voraussetzungen zu schaffen.

Zum Kogen!

Riesenschwindel über ein Riesenessen.

Dieser Tage war in der „Roten Fahne“ über den Berliner Fingerempfang folgendes zu lesen:

Nach einem würdevollen Empfang bei Papa Hindenburg fand gestern ein Riesenessen im Rathaus statt.

Hier hatten sich etwa 300 Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses der deutschen Bourgeoisie ein Stelldichein gegeben. Natürlich fehlten auch die Spitzen der Sozialdemokratie nicht. Da sah man z. B.

Reichspräsidenten Lobe

an einem Tisch mit Seuten wie Kendall,

Hermann Müller,

dem Koalitionsschacherer, im trauten Verein mit Dr. Lufber,

Gewerkschafts-führer“ Graßmann

sah neben Vertretern der Schwerindustrie und einigen Ministerialdirektoren. Fürwahr, eine feine Gesellschaft.

Hünefeld ergriff auch hier die Gelegenheit, seine falsche Meinung zu beweisen. Frech wies er auf seine und Köbigs Ab-sicht hin, am Sonnabend am Stahlhelmklub im Sportplatz teilzunehmen. Um den demütig zuhörenden Sozialdemokraten diese bittere Wille ein wenig zu verüben, sprach er seine Bereitschaft aus, auch eine Reichsbanner-Einladung anzunehmen. Und die Lobe, Graßmann, Müller usw. Nachdenklich gerührt beifall. Es war zum Kogen!

So die „Rote Fahne“. Nun die Wahrheit: Bei dem Empfang im Rathaus waren weder Lobe, noch Hermann Müller, noch Graßmann anwesend!

Es läßt die „Fahne“ alle Tage. In der Tat: „Zum Kogen!“

„Nationaler Bloß.“

Arbeitsgemeinschaft zwischen Deutschnationalen und Völkischen in Bayern.

München, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Da die Deutschnationalen am 20. Mai zur dreizehnten Fraktion im Bayerischen Landtag degradiert wurden und ihr Nachbar zur Rechten, die Völkischen, noch um eine Stufe tiefer gesunken sind, suchen nunmehr beide ihren politischen Einfluß in einer sogenannten interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuwerfen. Sie wollen damit einen Posten im Präsidium des Landtages sowie eine günstigere Verteilung in den Ausschüssen erreichen. Die Verhandlungen, an denen auch General Epp beteiligt ist, sind bereits soweit gediehen, daß der Name der neuen Firma bekannt geworden ist: sie nennt sich „Nationaler Bloß“.

Bemerkenswert ist, daß Hitler sein Einverständnis zu dieser Art Verschmelzung zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten im Parlament gegeben hat und nur die eine Bedingung stellte, daß zur Wahrung der Selbständigkeit noch außen eine vollständige Fraktionsgemeinschaft unterbleiben muß. Auch in einzelnen provinziellen Selbstverwaltungskörpern Bayerns wurden bereits solche Arbeitsgemeinschaften zwischen den gleichen Parteien abgeschlossen.

Bolz regiert...

... mit Kirche und Papsi.

Rottensburg, 26. Juni.

Amlich wird gemeldet: Aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens der Diözese Rottensburg traf heute vormittag Staatspräsident Dr. Bolz mit den übrigen drei württembergischen Ministern hier ein. Sie begaben sich ins bischöfliche Palais und sprachen dem Bischof die Glückwünsche der Regierung aus. Um 9 Uhr bewegte sich der prunkvolle Festzug vom bischöflichen Palais zum Dom. In dem Zuge befanden sich der Runtius Facelli, der Erzbischof von Freiburg, zahlreiche Bischöfe, Kleriker und andere Vertreter der Geistlichkeit, ferner Vertreter des katholischen Adels und der Beamenschaft. Im Dom sprach der Bischof von Rottensburg über die Gnaden- und Arbeitsgemeinschaft zwischen Bischof und Diözesanen. Zum Schluß verlas er ein Handschreiben des Papstes, worin dieser seine Glückwünsche ausdrückt und den Segen erteilt. Runtius Facelli zelebrierte das Pontifikalmi und erteilte den Segen.

Dritter Bauvereinstag.

Tatlose Verbandsführung. — Reichswohnungsbau-programm gefordert.

Politisch neutrale Organisationen haben meist eine reaktionäre, d. h. wenn proletarische Organisationen an ihr beteiligt sind, auch eine tatlose Führung. Das zeigte sich auch bei der Verbandstagung des dritten Allgemeinen Bauvereinstages des Hauptverbandes Deutscher Bauvereinstag, die vor wenigen Tagen in Tübingen stattfand. Daß auf der geistlichen Veranstaltung Republikanismus die „Wacht am Rhein“ zu singen zugewinkt wurde, daß die Republikaner schließlich die gefällige Veranstaltung verließen, zeugt für eine Befinnung und Verhörtheit der Hauptverbandsleitung, die erst recht zu verurteilen ist, wenn die

Tagung des fünfzigjährigen Bestehens des Arbeiterbauvereins Tübingen eine Ehrung für diese proletarische Vereinigung sein sollte!

Auf der von 500 Bauvereins- und Verbandsvertretern besuchten Tagung sprach zunächst Dr. Alfred Ohmer von der Deutschen Bau- und Bodenbank, Berlin, über „Die Finanzierung des gemeinnützigen Kleinwohnungsbaues“. Im Jahre 1927 seien unter sehr starker finanzieller Vorbelastung des Baujahres 1928 etwa 2,7 Milliarden Mark für den Wohnungsbau verwendet worden. Der Wohnungsbau war im wesentlichen auf öffentliche Mittel angewiesen. Sparkassen und öffentlich-rechtliche Kreditanstalten besorgen heute im wesentlichen allein die ersten Hypotheken, da das Privatkapital sich nur an lukrativeren Geschäften beteiligt, als es der Kleinwohnungsbaue ist. In den gemeinnützigen Bauvereinstag sei die Stärkung des Eigenkapitals heute die vornehmlichste Aufgabe, um beim Auffahren des Zustuffes öffentlicher Mittel vor Anlauf geschützt zu sein. In der folgenden Aussprache forderte Professor Büchling-München ein auf lange Sicht aufgestelltes Reichsbauprogramm und vor allen Dingen Mietsen, die auch von den Arbeitern bezahlt werden können.

Ueber „Selbsthilfe der Bauvereinstag“ sprach Direktor Käseberg-München. Auch er forderte die Stärkung des Eigenkapitals der Bauvereinstag durch stärkere Einziehung der aufstehenden Forderungen und Anteile; die durch Krieg und Inflation hervorgerufene Verwirrung der genossenschaftlichen Begriffe müsse ein Ende haben. Lehmann-Hamburg verlangte in der Aussprache eine stärkere Berücksichtigung der sozialen Baubetriebe bei der Vergebung von genossenschaftlichen Aufträgen.

Ueber „Gemeinden und Bauvereinstag“ sprach der Riel-Stadtbaurat Dr. Hahn. Gemeinden und Bauvereinstag seien in der Frage der Stadtbebauung und der Grünanlagen aufeinander angewiesen. Ein Muster der Zusammenarbeit sei das Verhältnis zwischen dem Arbeiter-Bauverein Riel-Elberfeld und der Stadt Riel. Durch eine weitestgehende Bodenspekulation müßten die Gemeinden dem genossenschaftlichen Streben nach gefunden Wohnungen zu niedrigen Preisen entgegenkommen. Der Mangel an Grünanlagen (Lungen der Städte) könne, so sehr durch Reihenhäuser dem Wohnungsmangel besser begegnet würde, doch vielfach durch Siedlungsanlagen ausgeglichen werden.

Die Tagung schloß mit der Annahme einer Entschließung, in der die Aufstellung eines Reichswohnungsbauprogramms und die finanzielle Sicherung desselben durch Auslandsanleihen für den Wohnungsbau, ferner klare gesetzliche Voraussetzungen für die Förderung der Gemeinnützigkeit im Kleinwohnungsbaue gefordert werden.

Die Abenteuer im Ruhrgebiet.

Ausschluss der Öffentlichkeit im Meineidsprozess Göhe wegen Gefährdung der Staatsicherheit.

Nach der Mittagspause fand in dem Meineidsprozess gegen Göhe die Vernehmung von Heinz Oskar Hauenstein statt. Hauenstein gab zu dem Beweisthema folgende Darstellung:

Kurz vor seiner Verhaftung ließ mich Schlageter, der den Stöcktrupp Essen leitete, wissen, daß Göhe und Schneider mit seinen Leuten Fühlung genommen hätten, und daß sie einige von Oberstleuten her kämen. Schlageter äußerte damals schon ein gewisses Mißtrauen, ohne es jedoch näher zu begründen. Hauenstein gab dann eine Schilderung, wie man nach der Verhaftung Schlageters im Hotel Union in Essen verfuhr, ihn zu befreien. Hauenstein legte dem Gericht einen Brief Schlageters vor, in dem dieser sein Verhör durch die Franzosen und die Mißhandlungen schildert und wörtlich sagt, daß bei seiner Festnahme Verrat vorliege, der aus dem innersten Kreise verübt worden ist. Die Franzosen seien nämlich über die Arbeiten und Absichten des Stöcktrupps Essen ganz genau unterrichtet gewesen. Dieser Brief ist, wie Hauenstein weiter bezeugte, durch Vermittlung eines Gerichtsbeamten aus Berlin in die Hände Hauensteins gelangt. Von diesem Augenblick habe man die Fühlung mit dem verhafteten Schlageter aufgenommen, und es sei sofort ein Plan zur Befreiung Schlageters ausgearbeitet worden. Kurz bevor diese Befreiungsaktion in die Tat umgesetzt werden konnte, würden Werner, Becker und Sadowiski verhaftet, und es erfolgte der Abtransport Schlageters nach Düsseldorf, was man aber erst einige Tage später ermitteln konnte.

Hauenstein schildert ferner, daß zwei Tage nach der Verhaftung von Sadowiski um Schneider oder Göhe bei ihm in Eiderfeld erschienen seien und ihm befohlen hätten, der Inspektor Hövermann von der Rede „Graf Beuth“ wolle ihn, Hauenstein, in Essen sprechen, weil das Hauptgelenk der Rede gesprengt werden müsse, da die Franzosen von den Halbdornröden die Kohlen in großen Mengen abtransportierten. Als Treffpunkt hätte der Begegnende das Café Welther vorschlagen. Er hat den Zeugen Söhnel nach Essen in das Café Welther geschickt, und dieser stellte fest, daß wohl Göhe und Schneider, nicht aber der Inspektor Hövermann in dem Café waren, und daß das Lokal von französischen Kriminalbeamten umstellt war.

Hauenstein betonte dann noch, daß er Schneider und Göhe für die Berräter Schlageters sowie Beckers und Sadowiskis halte, weil sie verfuhr hätten, ihn, Hauenstein, an die Franzosen auszuliefern, und weil auch die französischen Kriminalbeamten sie als die Berräter bezeichnet hätten.

Sodann wurde der Betriebsdirektor Hövermann aus Essen als Zeuge gehört, der bezeugte, daß Schneider und Göhe lediglich als Arbeiter angestellt gewesen und als solche aus der Grubentafel befreit worden seien. Sie hätten allerdings angeblich, Berichte über die kommunistische Bewegung zu geben. Göhe und Schneider hätten in der Grube über nur 10-11 Schichten gearbeitet, und schon am 9. April sei das Gerücht aufgetaucht, sie wären die Berräter Schlageters. Vorl.: Sie sollen Göhe und Schneider beauftragt haben, Hauenstein nach Essen zu holen? Zeuge (mit Bestimmtheit): Ausgeschlossen. Ich habe niemals den Wunsch geäußert, Hauenstein kennenzulernen, aber deutlich zu erkennen gegeben, daß das für mich kein Interesse habe. Ich habe erst gestern Hauenstein hier im Gericht kennengelernt.

Es wurde sodann der frühere französische Kriminalbeamte Müller als Zeuge aufgerufen, auf Grund dessen Aussagen in dem Verleumdungsprozess Schneider gegen Hauenstein die Verhaftung Göhes im Gerichtslokal erfolgte. Staatsanwaltschaftsrat Dr. Kiechler beantragte, den Zeugen, der inzwischen von den Franzosen in contumacia zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden ist, wegen Gefährdung der Staatsicherheit unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu hören. Das Gericht gab dem Antrag statt. Nach dieser Vernehmung wurde dann die Verhandlung auf Mittwoch Vormittag 9½ Uhr vertagt.

Preußen stellt fest.

Zur Umschuldungsaktion in der Landwirtschaft.

Die preussische Regierung hat gegenüber den dauernden Einstellungen über ihre Haltung in den Agrarfragen durch landbündlerische und deutschnationale Kreise es immer noch nicht abgelehnt, durch Nachstellungen ungerechtfertigte Angriffe abzumehren. Sie weist mit Recht darauf hin, daß sie gegenüber den utopischen Plänen der Landbündler von 1927 (Hepp, Schlangenschönungen) mit Hilfe einer Auslandsanleihe von Reichsausgaben die Umschuldungsaktion durchzuführen, den Weg zu einer individuellen Behandlung und vernünftigen finanziellen Beschränkung gewiesen habe, womit ihr die Entwicklung recht gegeben hat.

Am Rahmen der dann praktisch gewordenen Umschuldungsaktion des Reiches hat Preußen ferner die Wege gewiesen, die Durchführung der Aktion zu vereinfachen und zu verbilligen. Sie hat erreicht, daß bei den Treuhändlern keine hauptamtlichen Geschäftsführer eingesetzt werden, deren Bestreben es vielleicht gewesen wäre, unweidmähigerweise den Treuhändlern eine umfangreiche Geschäftstätigkeit zuzuwenden.

Endlich weist die preussische Regierung auf ihren Vorschlag hin, die reichsgesetzliche Umschuldungsaktion wesentlich zu ergänzen und zu erweitern. Sie schlägt vor, über die Umschuldungsaktion hinaus höherzinsliche kurzfristige Kredite, die die Landwirte schwer belasten, in längerfristige Kredite mit erträglichen Zinssätzen umzuwandeln. Auf diesem Wege sollte für die Landwirtschaft schneller, einfacher und in größerem Umfang eine Hilfe gesichert werden, die ohne großen Apparat sehr vielen Bauern hilft und vor allem einen größeren Kreis erfasst, als es durch die Umschuldungsaktion möglich ist.

Es wäre unseres Erachtens an der Zeit, daß den letzten, noch immer unausgeführten preussischen Vorschlägen sehr bald und ernsthaft nähergetreten würde.

Protest der Provinz Sachsen.

Gegen Ableitung der Bode in den Mittellandkanal.

Der Provinzialausschuß der Provinz Sachsen hat sich in seiner Sitzung vom 25. Juni mit den wasserwirtschaftlichen Problemen der Provinz Sachsen beschäftigt und eine Entschließung gegen die Absicht des Reichsverkehrsministeriums gefaßt, den Mittellandkanal statt mit Elbe- und Weserwasser durch teilweise Ableitung der Bode zu speisen. Wie der Anführer Preussische Pressedienst mitteilt, steht der Provinzialausschuß nach eingehender Prüfung der wasserwirtschaftlichen Fragen innerhalb der Provinz Sachsen auf dem Standpunkte, daß eine Ableitung von Bodewasser zur Speisung des Mittellandkanals im Interesse der Provinz, insbesondere der im Gebiet der Bode und Elbe liegenden größeren Städte und der hochentwickelten Landwirtschaft im Bodegebiet, auf das allerhöchste gefährdet. Der Provinzialausschuß steht außerdem auf dem Standpunkte, daß einer solchen Ableitung von Bodewasser ebenso die Bestimmungen des Art. 97 Abs. 3 der Reichsverfassung, wie die Bestimmungen des § 7 Abs. 3 des Vertrages zwischen dem Deutschen Reich einerseits sowie den Ländern Preußen, Sachsen, Braunschweig

Beim preussischen Doktor.



Dr. Otto Braun: „Sie kommen ja gar nicht durch die Tür, lieber Freund. Wollen Sie nicht erst mal ein paar Monate müllern...?“

Urteil im Bela-Khun-Prozess.

Drei Monate strengen Arrest.

Wien, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Am Dienstag begann vor dem Wiener Schöffengericht der Prozess gegen Bela Khun wegen Geheimbündelei und wegen Anmeldung unter falschem Namen. Bela Khun gibt zu, sich falsch angemeldet zu haben, erklärt aber, daß er seinerzeit, als er ausgewiesen und nach Rußland transportiert wurde, auch unter falschem Namen weggeschleppt worden sei. Er habe gegen die seinerzeitige Ausweisung protestiert und nicht gewußt, daß dieser Protest abgewiesen worden sei. Abgesehen davon habe er sich falsch anmelden müssen, weil seinerzeit nach seiner Verhaftung in Osterreich der Versuch gemacht worden sei, ihn zu vergiften. Im übrigen bestreitet Bela Khun Geheimbündelei begangen zu haben. Die kommunistische Partei sei in Osterreich nicht verboten.

Im Verlauf des Prozesses wurden dann Briefe und Dokumente vorgelesen, die bei Khun gefunden worden sind. Khun erklärt, daß die ungarischen Dokumente bei der Polizei falsch übersetzt wurden. So heiße es in einem Brief, den er geschrieben habe, er sei über die französischen Wahlen nicht entzückt. Der Uebersetzer der Polizei überlegte aber, er sei bei den französischen Wahlen sehr angezogen. Damit hätte nämlich der Beweis erbracht werden sollen, daß er auch die kommunistische Agitation während des französischen Wahlkampfes geleitet habe. Das Gericht läßt durch Gerichtsdolmetscher die Uebersetzung prüfen. Sie erklärten, daß die fragliche Stelle tatsächlich falsch übersetzt ist. Ebenso bestätigten sie, daß auch eine andere Stelle, über die sich Khun beschwerte, falsch übersetzt wurde. In den Briefstücken ist nur davon die Rede, daß Polizeispiegel schnell entfernt werden müßten, während der Dolmetscher der Polizei überlegte, sie seien ins Denkschrift zu befördern. Die übrigen Briefstücken betreffen die Streitigkeiten in der ungarischen kommunistischen Partei. Es ergibt sich daraus, daß zwischen Bela Khun und dem Führer der ungarischen Kommunisten Alpari eine große Feindschaft besteht. In einem Brief

erklärt Bela Khun, daß Alpari nicht mit Bomben, sondern mit Stuhlhammern arbeitet.

Urteil: Drei Monate, davon zwei verbüßt.

Wien, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Heute abend um 11½ Uhr wurde das Urteil im Bela-Khun-Prozess verkündet. Bela Khun wurde wegen Geheimbündelei, verbotener Rückkehr und Falschmeldung zu drei Monaten strengen Arrest, verurteilt durch einen Fasttag, verurteilt. Außerdem wird er aus dem Bundesgebiet verwiesen. Die Untersuchungsphase ab 26. April wird angerechnet, so daß er nur noch einen Monat zu verbüßen hat. Ein Mitangeklagter wurde wegen Mitschuld zu einem Monat Arrest verurteilt, der andere freigesprochen.

Dinghofer stürzt über Bela Khun.

Wien, 26. Juni. (Eigenbericht.)

Der „Großdeutsche Klub“ hatte den zurzeit in Karpisbad weilenden Justizminister Dr. Dinghofer am Montag abend telegraphisch aufgefordert, sofort nach Wien zurückzukehren und die Beigerung seines Ministeriums, Bela Khun auszuliefern, zu begründen. Dinghofer hat es abgelehnt, dieser Aufforderung zu entsprechen und statt dessen ein Telegramm an den Führer der Großdeutschen Partei gerichtet, in dem er seine Demission zur Kenntnis gibt. In unrichtigen Kreisen wird das Borgehen der Großdeutschen Partei gegenüber dem Justizminister als eine auf persönliche Motive zurückzuführende Intrige betrachtet. Der Bundeskanzler, dem von dem Führer der Großdeutschen Partei über die Demission Mitteilung gemacht wurde, beabsichtigt, zunächst selbst das Justizministerium zu übernehmen. Eine Reuebesetzung wird wahrscheinlich erst zum Herbst vorgenommen werden.

und Anhalt andererseits vom 24. Juli 1926 widersprechen. Der Provinzialausschuß bittet deshalb den Reichsverkehrsminister dringend, einen endgültigen Verzicht auf die Speisung des Mittellandkanals mit Bodewasser auszusprechen.

Der Kampf um eine Inschrift.

Der vernünftige belgische Rektor und der rabiate amerikanische Architekt.

Brüssel, 26. Juni. (Eigenbericht.)

In Löwen tobt seit Wochen ein heftiger Streit wegen der am 4. Juli stattfindenden Einweihung des von Amerikanern gestifteten neuen katholischen Universitätsbibliothekgebäudes. Der amerikanische Architekt Warren hat für die Balustrade eine in Stein gehauene Inschrift in jämmerlichem Achtenfalten angefertigt, die heißen soll: „Was der teutonische Furor zerstört, wird durch amerikanische Spenden wieder aufgebaut.“ Der Rektor der Löwener Universität, Prälat Bodeuze, widersetzte sich dieser sowohl der Sprache wie der Gesinnung nach barbarischen Inschrift und ließ eine inschriftlose Balustrade anbringen. Der amerikanische Architekt kämpfte jedoch mit allen Mitteln für seine Inschrift. Auch die belgische Presse setzte sich mit wenigen Ausnahmen für die Inschrift ein, während der Löwener Universitätsrektor wegen seiner Haltung in schäblichster Weise angegriffen wurde.

Am Sonnabend kam es nun zu einer entscheidenden Schlacht. Warren beauftragte einen belgischen Architekten, die Balustrade mit seiner Inschrift anzubringen. Der Rektor der Universität war dagegen mit einer amtlichen Ermächtigung zur Stelle und erklärte, die Anbringung der Inschrift im gegebenen Falle mit Gewalt zu verhindern. Da der Architekt nicht nachgeben

wollte, ließ ihn der Rektor durch die Polizei abführen. Eine große Menschenmenge wohnte diesem Auftritt bei.

Der Amerikaner erklärt jetzt, er werde die belgischen Gerichte anrufen, um seine Inschrift durchzusetzen.

Polens „realer Pazifismus“.

Unbedingter Einspruch gegen jede Revision.

Warschau, 26. Juni.

Am Montag begann hier der internationale Friedenskongreß, an dem aus Deutschland v. Gerlach und Duldke, aus Frankreich Bouisson teilnahmen. Bei ihrer Stellungnahme richtet sich die polnische Presse fast ausschließlich nach Jarellis These vom sogenannten realen Pazifismus, worunter der Verzicht auf jegliche Revision des bestehenden politischen Zustandes verstanden wird. Der „Kurjer Warszawski“ meint ironisch: Pazifisten seien zwar durchaus wohlmeinende Leute, aber ihre Beschlüsse fänden ungefähr ebensolche Ausführung wie die eines Kongresses von Paläontologen. Der „Kurjer Polski“ verurteilt jeden „utopischen Pazifismus“, der eine Revision der abschließenden Lage in Europa anstrebt, da dies nur Unruhe schaffen und die Saat künftiger Kriege ausstreuen würde. Der „Kurjer Poranny“ verweist sich sogar zu einer Warnung vor pazifistischen Ideen, die „zu einer Waffe des deutschen Imperialismus“ werden könnten.

Ministerpräsident Schroeder verunglückt. Der medienburgschwerinsche Ministerpräsident Genosse Schroeder ist auf einer Dienstreife mit dem Stadtwagen verunglückt. Bei einem Schlagloch wurde er mit solcher Wucht gegen die Wagendecke geschleudert, daß er sich stark blutende Kopfwunden und eine Rückenverletzung zuzog. Die Verletzungen sind nicht lebensgefährlich, machen jedoch eine ärztliche Behandlung notwendig.

Dörfliches Berlin.



Drei Minuten vom Kurfürstendamm entfernt.

Berlin ist so groß geworden, daß auch der „richtige Berliner“ längst nicht mehr alle seine Reize kennt, vor allem nicht all die Arbeiten des „neuen Berlin“, die Sportplätze, Parks und Freibäder. Immer wieder, wenn wir in ein Stadtviertel kommen, das mir zuletzt vor fünfzehn, zwanzig Jahren gesehen haben, müssen wir über einen neuen schönen Schmuckplatz oder ein städtisches Gebäude staunen, das merkwürdigerweise nicht in der Backsteinwürde, die man früher als einzig angemessen erachtete, errichtet ist, sondern das ein Recht auf Luft und Licht sogar für Umkleestuben proklamiert.

Alte Gebäude und Parkanlagen.

Daneben finden sich aber noch Straßen und Häuser, die ganz das Gepräge der Zeit tragen, in der man noch nach Schöneberg und Charlottenburg eine Krenierpartie machen konnte. Neben Alt-Berlin, das ja der Gegenstand richtiger Führungen geworden ist, steht ein Alt-Charlottenburg noch aus der Zeit, als „Siegenburg“ zur Residenz der schönen Sophie-Charlotte erhoben wurde, auf der ehemaligen Dorfseite von Schöneberg in der Hauptstraße stehen nicht nur die Villen der Millionebauern von Schöneberg aus der Gründerzeit, sondern direkt neben der Schlossbräuerie träumt auch ein hübsches Empirehäuschen mit vier mythologischen Reliefs, um die sich kaum einer der Vor-

übergewandenen den Kopf zerbricht: Gannmed auf einem nordpreussisch aussehenden Adler und Herkules im Kampf mit der kornärischen Schlange, die merkwürdigerweise eine Kreuzung zwischen Hengst und Kreuzotter ist, was die zwei anderen bedeuten, ist auch für mich schleierhaft.

In der Dorfseite von Wilmersdorf sieht es im ganzen recht städtisch aus; verschunden ist auch das letzte Gehöft an der Ecke der Rehlitzstraße, die von den Besitzern dieses Gehöftes ihren Namen trägt. Aber gegenüber steht noch immer das ehemalige „königliche Gartenhaus“, ein Schlößchen, erbaut um die Mitte des achtzehnten Jahrhunderts und bis zu den Zeiten Friedrich Wilhelms IV. im Besitz der Hohenzollern. Ein einfacher Bau im Spätstil, fast verdeckt von großen Taxisbäumen und umgeben von einem großen herrlichen und verwilderten Garten — denn er ist viel zu groß, als daß ihn die zwei Gärtnergehilfen müßlich in Ordnung halten könnten. Das Gartenhäuschen ging später in den Besitz der Familie Kahlbaum über, und alte Wilmersdorfer erinnern sich noch heute der alten Dame, die immer aus Berlin nach Wilmersdorf in die Sommerfrische zog. Einmal kam sogar hoher Besuch: Wilhelm I. besuchte die alte Dame, um in dem großen schönen Garten Erinnerungen zu suchen — und natürlich steht nun im Park eine Marmorbank an der Stelle, wo der erhabene Herrscher zu ruhen geruht hat. — anders geht es beim guten Bürger nun mal nicht! Nun kam das Haus an Geheimrat Professor Schäler, der ein bekannter und berühmter Augenarzt war. Dann aber brach die Influenza herein, und die ganze Herrlichkeit samt der historischen Marmorbank ging erst in amerikanische und dann in jugoslawische Hände über. Was nun mit dem Häuschen werden wird, wissen die Götter — am schönsten aber wäre es, wenn die Stadt den großen Garten zu einem Verbindungspatz zwischen dem Seepark und der Wilhelmsau umgestalten würde.

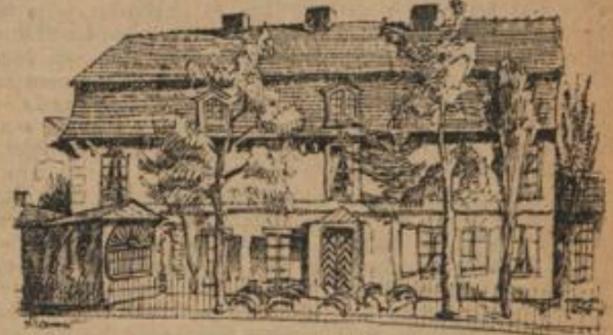
Aus der Zeit der Millionebauern.

Das ist die vornehmste Gegend der Wilhelmsau; rund herum sind schon große Viehhäuser aufgeschossen, und auch das Haus vom „Baron“ Blisse hat dem Blissestift Platz gemacht, diesem groß angelegten Waisenhaus, dessen Vermögen auch hauptsächlich von der Anstalt getrieben wurde und das jetzt das Jugenda mit beherbergt. Herr „Baron“ Blisse, der sich immer vor dem Betreten der vier Marmorstufen, die zu seinem schönen neuen Hause führten, lächerlich die — Holzspantinen auszog, würde sich schon über die

gemandelte Gegend wundern. Sogar das kleine Bauernhaus ist abgerissen, das noch vor dem Kriege genügte, um alle sozialen Einrichtungen Wilmersdorfs aufzunehmen: Lungen- und Säuglingsfürsorge und Krüsenhaus und das Rest der Wandervogelgruppe. Aber in der Brandenburgischen Straße kriecht noch die alte Stellmacherei ihr Dasein, ganz so wie zur Zeit der Millionenbauern, vom Vater übererbt und von den Geschwistern dem ältesten Sohn überlassen. Weil das winzige kleine Grundstück zur Errichtung eines großen Viehhofes doch nicht zulängte, so wird die Stellmacherei wohl so lange weiterbestehen, wie noch ein Hofmeister einen Gemüsemagen zur Halle oder zum Markt zieht. Die anderen Zeugen der großen Zeit sind schon fast alle verschwunden, sogar das zuletzt vom Rot-Front-akkupierte Bauernhäuschen an der Berliner Straße steht nun verlassen, und des Himmels Vögel schauen durch das zerstörte Dach. Auch Schramms berühmte Tanzsaal hat einer Garage Platz gemacht, und dem expressionistisch ausgemalten „Landhaus“, in dem Portokassengente kramphast bei Jazzmusik ihre Glieder verrenkten, sieht man keine Ländlichkeit kaum noch an.

Der Koffat am Kurfürstendamm . . .

Aber ein Döhl lebt noch in Wilmersdorf! Breit schattet ein großer Baum über der niedrigen Kote aus Fachwerk, die Hühner gackern, und aus der Tür der Scheune schleicht leise und behutsam eine getigerte Katze. Vor dem winzigen, zusammengestückten Häuschen stehen krumm und schief ein paar alte Obstbäume und Beerensträucher, und hinter der Scheune, mitten zwischen den hohen Hinterhäusern der benachbarten Mietkasernen, baut der Besitzer all dieser Herrlichkeiten nicht nur Kartoffeln, sondern auch das Körnerfutter für sein Federvieh! Das ganze Döhl aber liegt drei Minuten vom Kurfürstendamm entfernt in der Brandenburgischen Straße! Mit der Kühnheit, die umgängliche Eigenschaft des Reporters ist, bin ich in den Hof getreten. Da steht



Das Wilmersdorfer Schlößchen.

der Besitzer des Anwesens und bessert einen Balken aus. Mißtraulich wie ein echter märkischer Bauer schielt er mich heimlich an, aber schließlich, als er merkt, daß ich, wenn schon kein eingeborener, doch ein alter Wilmersdorfer bin, läßt er sich doch zu einer Unterhaltung herbei. Ja, das Haus steht schon aus der Zeit vor 1870, und es ist von den Eltern geerbt, er und zwei Schwestern sind die Eigentümer. Ich meine, daß er doch eigentlich recht teuer moht — denn der Garten und das „Land“ zwischen den Höfen der benachbarten Häuser trägt kaum soviel, als die alten Geschwister für sich an Kartoffeln, Kohl und Mohrrüben brauchen. „Und was sie jetzt für Steuern haben wollen. Grundvermögenssteuer und sonst noch was!“ Aber weg von seinem Land will er nicht. „Hier sitzt ich, hier kann mir keiner weghängen!“ — und die Zeiten der Anfall haben den fast Siebzighjährigen in seinem Festhalten an dem ererbten Grund und Boden nur bestärkt. Natürlich muß er sehen, seine Einnahmen ein wenig aufzubessern, besonders seit er nicht mehr auf der hüngepachteten Ecke an der Brandenburgischen Straße Getreide bauen kann, und so macht er auf dem alten Bauernwagen manchmal Lohnfahrten, fährt Schladen der Zentralheizungen aus der Nachbarschaft ab und läßt Straßenhändlerfahren



Die „Stellmacherei“ in der Brandenburgischen Straße.

Jack London: Wolfsblut.

Wolfsblut sprang hinaus. Die traumhafte Großstadt war verschwunden. Der Gepädwagen, der, als er ihn betreten hatte, ihm wie ein Zimmer in einem Hause erschienen war, befand sich nicht mehr darin. Kein lärmendes Getöse traf sein Ohr, und vor ihm lag eine lachende Gegend in träger Ruhe in Sonnenschein. Aber er brauchte nur wenig Zeit, um sich über die Verwandlung zu wundern. Er nahm es wie all die unbegreiflichen Rundgebungen der Menschen, seiner Götter, hin; das war nun einmal ihre Weise.

Ein Wagen wartete draußen. Ein Mann und eine Frau kamen auf den Herrn zu. Die Frau streckte die Arme aus und schlang sie fest um den Nacken des Herrn — nach Wolfsbluts Meinung eine feindselige Gebärde! — und im nächsten Augenblick hatte sich Weedon Scott losgemacht und Wolfsblut gepackt, der sich wie ein Rasender gebärdete.

„Beruhige dich, Mutter,“ sagte Scott, indem er Wolfsblut festhielt und ihn besänftigte. „Er hat geglaubt, du wolltest mir ein Leid antun, und das duldet er nicht. Es ist gut. Er soll es bald lernen.“

„So darf ich meinen Sohn wohl nur umarmen, wenn sein Hund nicht in der Nähe ist,“ sagte die Mutter lachend, aber sie war blaß geworden und zitterte noch vor Schreck. Dann blickte sie auf Wolfsblut, der mit gestäubtem Haar knurrend und böse dreinschaute.

„Er wird es lernen müssen,“ erwiderte Scott, „und er soll langsam damit anfangen.“

Er sprach sanft zu Wolfsblut, bis dieser sich beruhigt hatte, dann gebot er mit fester Stimme: „Ausch dich, Sir, down!“

Dies hatte er Wolfsblut beigebracht, und dieser gehorchte, wenn auch widerwillig und verdrossen.

„Jetzt, Mutter!“ und Scott breitete die Arme aus, heftete die Augen jedoch auf Wolfsblut.

„Down!“ warnte er, „Down!“ und Wolfsblut sah schweigend und mit gestäubtem Haar, halb wie zum Sprunge geduckt, wie die Umarmung wiederholt wurde.

Da aber weder aus dieser noch aus der darauffolgenden Umarmung des fremden Mannes irgendein Unheil entsprang, so ließ Wolfsblut geschehen, daß das Gepäck des Herrn auf den Wagen geladen wurde. Dann stiegen die Fremden ein

und der Gebieter nach ihnen, und nun folgte Wolfsblut machsam dem Wagen, indem er bold hinten nachließ, bold den schnellsten Pferden vorantrabte, um zu sehen, ob auch dem Gebieter kein Leid geschehe, den sie so geschwind davontrugen.

Eine Viertelstunde später bog der Wagen in einen steinernen Torweg ein und fuhr unter dem dichten Laubdach einer doppelten Reihe von Ballnussbäumen dahin. Zu beiden Seiten erstreckten sich Rasenflächen, auf denen hier und da einige große, kräftige Eichen standen. Im Gegensatz zu dem fastigen Grün des wohlgepflegten Rasens schimmerten die Felder ringsum in bräunlichem Gold, und darüber erhoben sich gelbliche Hügel und grüne Bergwiesen. Am Ende der Rasenfläche, wo der Boden sanft anstieg, schaute das Haus mit breiter Veranda und vielen Fenstern herab. Aber Wolfsblut hatte keine Zeit, dies alles zu sehen. Kaum war der Wagen in das Tor eingebogen, als er von einem Schäferhund mit hellen Augen und spitziger Schnauze in großem Zorn angefallen wurde. Dieser rannte zwischen ihn und den Herrn und schnitt ihm den Weg ab. Wolfsblut schickte sich eben ohne ein anderes Warnungszeichen, als daß er das Haar sträubte, zum tödlichen Angriff an, als er auf halbem Wege jäh und links abbiegt, die Vorderbeine steif auf den Boden stemmte, um nicht das Gleichgewicht zu verlieren, und in dem eifrigen Bemühen, die Berührung mit dem anderen zu vermeiden, fast auf die Hinterbeine zu sitzen kam. Denn dieser Schäferhund war eine Hündin, und das richtete zwischen ihnen eine Schranke auf, da es gegen den Instinkt gewesen wäre, wenn er sie angegriffen hätte.

Aber bei dem Schäferhund lag die Sache anders. Gerade ihres Geschlechtes wegen brauchte sie keine Rücksicht auf ihn zu nehmen, während sie als Schäferhund die instinktmäßige Furcht vor der Wildnis, und vor allem vor dem Wolfe in ungemein hohem Grade besaß, denn der Wolf war für sie der Erbfeind, der ihren Herden von der Zeit an, als Schafe einem ihrer fernen Vorfahren anvertraut gewesen waren, aufgelauert hatte. Darum sprang sie auf ihn los, als er den Angriff auf sie ausgab und sich gegen eine Berührung mit ihr stemmte. Unwillkürlich knurrte er zwar, als er ihre Zähne in seiner Schulter fühlte, aber er machte weiter keinen Versuch, ihr wehe zu tun. Er zog sich steifbeinig und verlegen zurück und bemühte sich, um sie herumzugehen, allein wohin er sich auch drehte und wendete, sie blieb immer zwischen ihm und der Richtung, die er einschlagen wollte.

„Hierher, Collie,“ rief der fremde Mann im Wagen. Weedon Scott lachte. „Läß nur, Vater, es ist eine gute Schule. Wolfsblut wird viel zu lernen haben, und es ist ebenso gut, daß er gleich damit beginnt. Er wird sich schon darcin finden.“

Der Wagen fuhr weiter, und immer noch versperrte Collie ihm den Weg. Er veruchte, sie zu überholen, indem er den Fahrweg verließ und auf dem Rasen einen Halbkreis beschrieb, allein sie lief im inneren, kleineren Kreise und bedrohte ihn stets mit ihrer doppelten Reihe schimmernder Zähne. Er wandte sich nach dem Rasenplatz auf der anderen Seite des Weges, doch auch hier gewann sie ihm den Vorsprung ab.

Der Wagen trug den Herrn fort, und Wolfsblut sah, wie er unter den Bäumen verschwand. Die Lage der Dinge wurde verzweifelt. Er schlug einen anderen Bogen ein, aber sie folgte ihm in schnellem Laufe. Da drehte er sich plötzlich um und ließ sie mit dem alten Fächerlunfgriff tüchtig gegen die Schulter. Sie fiel nicht nur um, sondern überschlug sich mehrmals und rollte bald auf den Rücken, bald auf die Seite, indem sie in dem vergeblichen Bemühen, auf die Füße zu kommen, den Ries aufwühlte und dabei großend aus verletztem Stolz und aus Aerger belferte und schrie.

Wolfsblut zögerte nicht. Der Weg war jetzt frei, und das war alles, was er haben wollte. Sie folgte ihm zwar immer noch mit gellendem Gebell. Doch nun, da sie in gerader Richtung liefen, hätte sie, was Schnelligkeit anbetraf, von Wolfsblut lernen können. Sie rannte wie wahnsinnig ihm nach, mit höchster Anspannung ihrer Kräfte und bellte bei jedem Schritte, den sie machte, während er lautlos und ohne Anstrengung wie ein Schatten über den Boden glitt.

Als er um das Haus bog, hielt der Wagen vor der Tür, und der Herr stieg gerade aus. Da bemerkte Wolfsblut, der im schnellsten Laufe dahinschob, daß ihm plötzlich ein Angriff von der Seite her drohte.

Ein Jagdhund stürzte auf ihn los. Wolfsblut versuchte, umzudrehen, aber er war zu sehr im Schwunge und der andere zu nahe. Der Stoß traf ihn so unerwartet von der Seite, daß Wolfsblut zu Boden geschleudert wurde und sich überschlug. Als er wieder auf den Beinen stand, bot er einen fürchterlichen Anblick dar. Die Ohren platt zurückgelegt, die Lippen emporgezogen, die Nase krou, so schnappten die Zähne schon dicht an der Kehle des Jagdhundes zusammen. (Fortsetzung folgt.)

auf seinem Hof unterstellen. Wer sonst leben die drei alten Geschwister — eine dritte Schwester ist vor Jahren gestorben — genau so wie zu der Zeit, als der Kurfürstendamm noch ein unregelmäßiger Sandweg war und sich die Wilmersdorfer Millionenbauern Lehm und Baufeld aus der großen Sandgrube holten, auf deren Gelände jetzt der Preußenpark steht . . .

Bereinstimmend zwischen den Menschen der neuen Zeit leben die alten, und wenn Wilmersdorf im nächsten Jahre sein hundertfünfzigjähriges Stadtjubiläum feiert, dann sollte man den drei alten Geschwister einen besonderen Ehrenplatz im Festzuge einräumen — dem letzten Kossäten von Wilmersdorf!
R. E.

Liebesaffäre eines Arztes.

Unter der Anklage der Verführung einer Minderjährigen.

Ein Beitrag zur Sittengeschichte der Großstadtjugend und ein Seitenstück zum Kranz-Prozess. Hier wie dort eine Sechzehnjährige die Hauptrolle. Man weiß nicht, worüber man sich mehr wundern soll: über den Leichtsinns der Eltern, die ihren noch nicht sechzehnjährigen Töchtern gestatten, Bekanntschaften mit wildfremden Männern zu unterhalten oder über den sexuellen Leichtsinns eines Arztes, der sich nun wegen Verführung und Entführung einer noch nicht Sechzehnjährigen vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten hat.

Es war an einem sonnigen Spätsommerstage, als die beiden Zwillingsschwester A einen kleinen Bummel in der Nähe von Gladow machten, wo ihre Eltern — der Vater ist Innenarchitekt — ein Wochenendhaus besitzen. Als ein Auto mit zwei Herren an ihnen vorbeifuhr, lächelten die Autosinsassen und die beiden noch nicht Sechzehnjährigen trauten an. Gleich darauf war auch die Bekanntschaft gemacht und für den Nachmittag eine Verabredung getroffen. Die Schwestern A kamen nach Hause, zeigten der Mutter die Visitenkarte des Dr. Coerth, Arzt für Geschlechtskrankheiten, und erhielten die Erlaubnis, am Nachmittag mit ihm und seinem Freunde eine Tasse Kaffee zu trinken. Man traf sich dann wiederholt. Am 21. September sollte bei Dr. E. eine kleine Gesellschaft stattfinden. Elisabeth hat die Mutter, dabei sein zu dürfen; die Mutter schlug es ab. Als aber dann Dr. E. anrief und der Mutter mitteilte, daß noch mehr Damen jungen sein würden, und versprach, daß Elisabeth spätestens um 11 Uhr nach Hause begleitet werden würde, mochte die Mutter die volle Verantwortung übernehmen, erteilte die Mutter ihre Einwilligung. Das Mädchen blieb aber die ganze Nacht fort. Nach schlaflos verbrachter Nacht telephonierte die Mutter am nächsten Morgen den Arzt an, erhielt aber keine Antwort. Sie läßt zur Wohnung des Arztes, erhält aber keinen Einlaß. Dann begibt sie sich zur Polizei. Als aber die Polizei die Tür aufbrechen begann, glaubte der Arzt, daß es Einbrecher sein müßten und alarmierte das Ueberfallkommando. Nach dieses erste Herbei, die Tür wurde aufgebrochen, der Arzt und die Sechzehnjährige, die in der Wohnung waren, zur Wache gebracht. Der Vater erstattete darauf gegen den Arzt Strafanzeige wegen Verführung und Entführung.

Bei dem angeklagten Arzt, der seine Schuld bestritt, ergab sich, daß er eine reiche Zahl von Liebesabenteuern gehabt hat. Er hat darüber gewissenhaft Tagebuch geführt. Dieses Tagebuch geht bis zum Jahre 1924 und schließt mit einer „Bilanz“. Außerdem hatte aber Dr. E. auch noch eine Reparaturliste seiner Frauenbekanntschaften. Er behauptete vor Gericht, daß die noch nicht Sechzehnjährige ihm die geschlechtliche Annäherung sehr leicht gemacht habe. Sie habe ihm auch Photographien gezeigt, die sie mit einem Herrn in nicht ganz einwandfreier Weise darstellten, habe ihm erzählt, daß sie schon früher Herrenbekanntschaften gemacht habe und auch öfters des Nachts fortgegangen sei. Sie sei trotz seiner Vorhaltungen bei ihm geblieben. Zum Geschlechtsverkehr sei es schon vorher dreimal gekommen. Von einer Desinfizierung könne keine Rede sein. Elisabeth A. bestritt dagegen, mit Dr. E. früher Verkehr gehabt zu haben und erklärte, er habe sie überredet, das zu tun. Sie bestätigte, daß sie und ihre Schwester dem Dr. E. gegenüber ihr Alter als 17 Jahre angegeben hätten. Vorl.: Wie hoch haben Sie gesagt, daß Sie schon 17 Jahre alt seien? Zeugin: Ich wollte nicht so jung sein. Erst in seiner Wohnung sagte ich ihm, daß ich erst 15 Jahre alt sei. Vorl.: Was war erwiderte er darauf? Zeugin: Ich interessierte das nicht, er sagte nur, ich wäre mit 18 aus.

Die Mutter des jungen Mädchens behauptete, daß ihre Tochter ihr von der Bekanntschaft mit einem Doktor sofort erzählt und ihr die Visitenkarte gezeigt habe. Als der Angeklagte sie um die Erlaubnis bat, daß ihre Tochter an der Gesellschaft bei ihm teilnehmen dürfe, habe sie eingewilligt, nachdem er versichert hatte, daß noch 6 Damen da seien. Sie habe aber unbedingt verlangt, daß ihre Tochter spätestens um 11 Uhr von ihm selbst nach Hause gebracht würde.

Das Schöffengericht sprach den Arzt aus rechtlichen Erwägungen frei, obgleich es der Zeugin mehr Glauben schenkte als dem Arzt. Der Staatsanwalt hatte 7 Monate Gefängnis beantragt.

Schändlich getäuschtes Vertrauen.

Zwei Sittlichkeitsverbrecher verhaftet.

Als Wölfe im Schafkleid entpuppten sich zwei „Kavaliere“, denen ein ohnungsloses Mädchen in die Hände geriet. Ein gut gekleideter Mann mit gewinnenden Umgangsformen lernte am Lühnowplatz ein Mädchen von 22 Jahren kennen und lud es zu einer Tasse Kaffee ein. Er erzählte, daß er Mitglied eines Rudervereins sei, der an diesem Abend ein Tanzvergnügen veranstalte. Weil er den Eindruck eines gesegneten und vertrauenswürdiges Mannes machte, ging das Mädchen, ohne an etwas Böses zu denken, auf seinen Vorstoß ein, ihn zu dieser Veranstaltung zu begleiten. Man wechselte ein paarmal die Straßenbahn. Unterwegs kam noch ein Bekannter des „Herrn“ hinzu. Die Nacht endete in Trägheit. Statt aber hier die Begleiterin in einen Ruderverein zu führen, verschleppten die „Kavaliere“ sie in eine Wohnung und töteten ihr hier beide Gewalten. Bis in den frühen Morgen hinein hielten sie die Geiseln, die ihnen hilflos preisgegeben war, fest und nahmen sie dann mit ungläublicher Dreistigkeit in der Straßenbahn mit nach Berlin zurück. An geeigneter Stelle sprang das Mädchen ab und machte einem Schupobeamten von ihrem Mißgeschick Mitteilung. Der Beamte nahm sofort die Verfolgung auf und es gelang ihm, wenigstens einen der Uebelthäter festzunehmen, während der andere bereits abgesehen und verschwinden war. Der Entpuppte wurde der Kriminalpolizei vorgeführt und als ein 32 Jahre alter Krankenpfleger Bruno R. festgestellt. Die Kriminalpolizei ermittelte bald darauf auch den zweiten Unhold, einen 30 Jahre alten Kaufmann Paul K., und nahm ihn in seiner Wohnung fest. Beide wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Um Karstadt's Zentrale.

Kommunisten gegen den Vorteil der Stadt.

Ueber den im „Vorwärts“ erörterten Vertrag der Stadt Berlin mit der Hamburger Warenhausfirma Karstadt, die sich jetzt in Berlin niederläßt und nun hierher auch ihre Verwaltungszentrale verlegen will, hatte gestern die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen. Daß die Verwirklichung des Planes, das Gebäude für die Zentrale in der Nähe des Alexanderplatzes zwischen Neue König-, Badjeß- und Keibelstraße zu errichten, nach den Bestimmungen des Vertrages große Vorteile für die Stadt bringt, wurde von unserem Genossen Loewy überzeugend dargelegt. Nicht zu überzeugen waren aber die Leute der Wirtschaftspartei und die Kommunisten, die sich mit den von ihnen vorgebrachten Gründen geradezu lächerlich machten. Es handelt sich gar nicht mehr darum, ob Karstadt'sche Warenhäuser in Berlin gebaut werden sollen. Das kann niemand hindern — und das erste dieser Warenhäuser ist ja schon im Entstehen. Auch der Bau eines Hauses für die Verwaltungszentrale läßt sich nicht vereiteln, aber die Verteilung des Baues an der geplanten Stelle brächte die Stadt um den für sie daraus zu erwartenden Gewinn. Der Vertrag wurde mit starker Mehrheit beschlossen.

Ein Dringlichkeitsantrag der Kommunisten fordert den Magistrat auf, bei der Reichsbahndirektion dahin vorzulegen zu werden, daß eine Anzahl Wägen, die sich bei den neuen Wagen der elektrischen Stadtbahnzüge gezeigt haben, abgestellt werden. Der Dringlichkeit wurde nicht widersprochen. Ueber den Abschluß eines Leasing- und Bauvertrages mit der

Rudolf Karstadt A.-G.

über Grundstücke an der Neuen König-, Badjeß- und Keibelstraße berichtigte Genosse Wendt. In den genannten Straßen will die Aktiengesellschaft ein neues großes Verwaltungsgeschäft errichten. Im Vorteil nannte Wendt: Verbesserung des Stadtbildes durch den Neubau selbst und durch die sich aus dem Neubau ergebenden Veränderungen der Straßenfluchtlinien und ferner eine ganz außerordentliche Belebung des Arbeitsmarktes dadurch, daß Bauarbeiter und andere Handwerker und Arbeiter beschäftigt werden. Außerdem wird Karstadt an 2000 kaufmännische Angestellte neu einstellen. An Stelle der durch Abriß der alten Häuser verlorengehenden Wohnungen will Karstadt 126 Ersatzwohnungen bauen und außerdem noch 180 dazu. Allerdings will Karstadt die Wertsteuernsteuer erlassen haben, dafür tauscht der Magistrat Baufeld ein. Stadt. Man. (Komm.) äußerte Bedenken, daß 2000 Angestellte von Karstadt umgebracht würden; vielleicht bringt die Aktiengesellschaft Angestellte von Hamburg mit, was dann? Genosse Dr. Coewy meinte, es gäbe wohl kaum eine Klein-, Mittel- oder Großstadt in Deutschland, die sich ein derartiges Projekt entgehen ließe. Mit den kleinen Interessenten der Wirtschaftler und der Kommunisten kann man doch unmöglich eine großartige Politik treiben. Durch den Neubau muß allerdings eine hundert Jahre alte Schule in der Keibelstraße fallen, aber der Neubau einer Schule ist schließlich sowieso nötig, und außerdem kommt er bei dem Geschäft auch heraus. Dr. Loewy wandte sich gegen die Behauptung bürgerlicher Zeitungen, die Stadt solle an Karstadt

50 Millionen Wertsteuernsteuer schenken. Es handelt sich absolut um kein Geschenk, sondern um eine Aufrechnung; die Stadt erhält von Karstadt Straßenland übermessen. Man kann allerdings für das alte Schulhaus ein neues, modernes Haus in guter Gegend verlangen, weil die Stadt, als ehrlicher Geschäftsmann, nicht das bezahlte verlangen kann, was nicht beigegeben wird. Die Bedenken wegen der Belebung des Arbeitsmarktes verstand der Redner restlos zu zerstreuen. Es ist der Stadt nicht gleichgültig, ob Berliner Arbeitslose untergebracht werden oder nicht, denn Arbeitslose lassen nicht nur der staatlichen Erwerbslosenfürsorge zur Last, sondern auch dem Stadtkassee. Eines sei bestimmt richtig: das Karstadt-Haus und die Wohnungen müssen von Berliner Handwerkern erbaut werden. Im übrigen gab Genosse Loewy zu bedenken, daß eine Aktiengesellschaft von dem Ausschuss Karstadt's doch schließlich auch allerlei Geld in die Stadt an Steuern und Abgaben bringt. Der Redner bot um Annahme des Vertrages. (Beifolles Bravo! bei den Soz. und der Mitte.)

Stadt. Linke (Dnat.) forderte, daß in dem Vertrag mit Karstadt die Bestimmung aufgenommen werde, K. solle die Mittel für ein neues Schulhaus herzustellen. Seine Fraktion hätte ihren Mitgliedern die Abstimmung freigestellt. Meinen (Dem.) trat in längeren Ausführungen für die Vorlage ein. Schließlich verlangten Deutschnationale, Wirtschaftler und — Kommunisten noch eine namentliche Abstimmung. Mit 100 gegen 56 Stimmen wurde der Vorlage zugestimmt.

Ein Dringlichkeitsantrag aller Parteien forderte für Notstandsmahnahmen für erwerbslose Schauspieler und Künstler 70 000 Mark: einstimmige Annahme! Grundstücksachen machten den Beschluß der Sitzung.

Ein Schweineschlachthaus als Hochhaus

Schlachthof-Rebauten für 15 Millionen.

Zu der Magistratsvorlage über Errichtung einer neuen Fleischgroßmarkthalle wird noch bekannt, daß dieser Bauplan nur den ersten Teil eines großzügigen Bauprojektes im Gesamtumfange von 15 Millionen Mark darstellt. Teilpläne für 8 Millionen Mark hat der Berliner Magistrat bereits genehmigt. Es handelt sich dabei u. a. um einen Ersatz der hölzernen und für den Verkehr völlig ungenügenden Landsberger Brücke durch einen Massivbau. Dabei soll gleichzeitig eine neue Zufahrt für Reichsbahnwaggons und Fuhrwerke zum Fleischgroßmarkt geschaffen werden. Dieser Bauteil erfordert 600 000 M. Ferner soll für rund 5 Millionen ein Hochhaus — fünf bis sechs Stockwerke 35 Meter über dem Boden — als Schweineschlachthaus errichtet werden. Die unteren Geschosse werden zum erstenmal in Europa Einrichtungen zum gemeinsamen maschinellen Löten, Bräuen und Gähren der Schweine enthalten, während in den darüber liegenden Räumen jedem Fleischer Gelegenheit gegeben sein wird, seine Schweine selbst auszuschlachten. Den Rest des bereits genehmigten Bauplans bildet eine umfangreiche Erweiterung des großen Rühlhofs. Die Kosten will die Verwaltung des Schlachthofes nach Möglichkeit aus den eigenen laufenden Einnahmen bestreiten.

Eine Kellertwohnung in Brand gesteckt.

Zurückbarer Selbstmord einer älteren Frau.

Die Feuerwehr wurde gestern abend gegen 21 Uhr nach der Kruppstraße 5 alarmiert, wo in einer Kellertwohnung Feuer ausgebrochen war. Die Flammen konnten nach kurzer Zeit gelöscht werden. Bei den Aufräumarbeiten wurde die überraschende Feststellung gemacht, daß das Feuer vorzüglich angelegt worden war. Es wurden mehrere Brandherde entdeckt und Spuren einer leicht brennbaren Flüssigkeit, vermutlich Petroleum, vorgefunden, mit der Lampen usw. übergossen und dann in Brand gesteckt worden sind. Die Kriminalpolizei hat die Ermittlungen nach dem Brandklitter aufgenommen.

Auf entsprechende Verhalte gestern abend um 21 Uhr die 58jährige Ehefrau Anna Lange in ihrer Wohnung, Ballerstraße 42, Selbstmord. Sie übergoss sich die Kleider mit Benzol und setzte sie selbst in Brand. Hausbewohner, die den Vorfall von einem gegenüberliegenden Fenster der Wohnung aus bemerkt hatten, alarmierten die Feuerwehr, die sich gewaltig einließ in die Wohnung verschaffte. Die eindringenden Feuerwehrenteamen fanden die Unglückliche mit zurückbaren Brandverletzungen am Boden legend bewußlos auf. Die Frau wurde in das Urban-Krankenhaus gebracht, doch trat bereits auf dem Wege dahin der Tod ein.

Schüsse auf die Eltern.

Die Tat eines Betrunknen.

Ein auftragender Vorfall spielte sich gestern abend im Hause Ruppiner Straße 2 ab. Dort gab der 23jährige Arbeiter Oswald Hübke in der Trunkenheit auf seine Eltern mehrere Schüsse ab, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Der Schießerei war ein heftiger Wortwechsel zwischen dem Renalverleibten und seinem Vater vorausgegangen. Hausbewohner hatten zwar die Denotationen der Schüsse gehört, wogten aber nicht, in die Wohnung einzudringen und den alten Leuten zu Hilfe zu kommen, da Oswald H., der stark dem Trunk zuneigt, als sehr gewalttätig und unberechenbar bekannt ist. Man benachrichtigte deshalb das zuständige Polizeirevier, das sofort zwei Beamte entsandte, um den Trunkenbold festzunehmen. Auf der Treppe kam es zwischen ihm und den Beamten zu einem Handgemenge, in dessen Verlauf Hübke abermals einen Schuß abfeuerte, der aber zum Glück wieder fehlging. Schließlich gelang es, den Tobenden zu übermächtigen und abzuführen.

Photographieren im Zoo kostet 50 Pf.

Man schreibt uns: „So, nichts auf der Welt ist eben umsonst,“ meinte tröstend der Kassenbeamte am Zoo, der mir beim Anblick des mitgeführten Apparates meine Personalien nebst einer Gebühr von 50 Pf. abnahm. Mein schüchternster Einwand: „Worum, wieso, weshalb?“ wurde mit dem lakonischen Satz: „Es kostet doch alles Geld!“ beantwortet. Inwiefern der Verwaltung des Zoologischen Gartens aus der Photographierlaubnis dem Publikum gegenüber Speien erwachsen sollten, bliebe noch zu ergründen. Sollte es sich hier etwa um eine Geschäftschädigung der im Zoo amtierenden Berufsphotographen handeln, für die nun das Publikum aufzukommen hat? Wer an gewöhnlichen Belichtungen den recht stattlichen Obolus an der Kasse des Zoologischen Gartens entrichtet, muß für das harmlose Vergnügen einiger Amateuraufnahmen nochmals 50 Pf. bezahlen. Aber nicht genug an dem: Hat man nun glücklich alles bezahlt und will nun die Sonderschau beschließen und dabei ein paar Auf-

nahmen machen, dann darf man an der Kasse für Sonderschau-Besucher wohl nochmals 1,25 M. an Eintrittsgeld erlegen, der Apparat aber muß abgegeben werden, denn die Photographierlaubnis erstreckt sich nur auf den Zoo. Ob unter solcher Regie die Populartät und die Rentabilität einer solchen, der Ungelegenheit gewidmeten und durch die Stadt mitsubventionierten Besuchstätte besonders gedeiht? Auch das „Koo-Monopol“ in bezug auf das Urheberrecht sämtlicher Aufnahmen — der Photographierende darf keinerlei Verwertungsrecht ausüben — mutet mehr als eigenartig an!

Die Flieger in Kottbus.

Der Oberbürgermeister ehrt die deutsche Arbeiterschaft.

Die Bremen-Flieger Köhl, v. Hünefeld und Fjhmairicis stifteten gestern, einer Einladung des Magistrats folgend, der Stadt Kottbus einen Besuch ab. Oberbürgermeister Dr. Kraus begrüßte die Flieger mit einer Ansprache, in der er auf die Landung Chamberlins und Deolines mit dem amerikanischen Flugzeug „Columbia“ zu Pfingsten vorigen Jahres hinwies und weiterhin sagte: „Die kundige Hand des deutschen Arbeiters, die Geschicklichkeit des deutschen Monteurs und Konstruktors, die Gründlichkeit der Aufrechterhaltung, haben Ihnen das Meisterwerk des Flugzeuges gefertigt, das Ihr Heldennut sicher über den Ozean fliehet.“ Im Anschluß an die Ansprache fand die Grundsteinlegung zum Denkmal für die Amerikaner Chamberlin und Deoline statt. Hauptmann Köhl schloß seine Erwidernungsansprache mit folgenden Worten: „Alle die Freundschaften, die wir uns durch die Fliegerei und die Luftfahrt erworben haben, werden wir halten, damit die Welt den Frieden bekommt, den sie braucht.“

Bitte eines Arbeitslosen.

Seinerzeit bestand, so schreibt uns ein Arbeitsloser, für alle öffentlichen Bedürfnisanstalten die Anordnung, daß in jeder Toilette wenigstens eine Kabine auf Wunsch zur unentgeltlichen Benutzung aufzuzuführen sei. Wer Geld hatte, machte von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch, denn sie mußte stets mit schmutzigen Kleidern der Bartfrau erkaufte werden. Demen aber, die wirklich keinen Vermög übrig hatten, war damit geholfen. Wenn jedoch heute jemand in Berlin ein „menschliches Rühren“ spürt und kein Geld im Beutel hat, steht er vor der schweren Wahl, sich entweder von einem „Grünen“ wegen Erregung öffentlichen Zornes strafprovozieren zu lassen, oder sich dies Rühren unhygienischerweise zu verkneifen. An Wochentagen gibt es noch einen Ausweg: Behörden, manche größeren Geschäfte und manche Lokale erlauben in der bei ihren Räumen befindlichen Toilette auch die kostenfreie Liquidierung des Verdauungsgeschäftes. An Sonntagen aber sind die Geschäfte geschlossen und in der Mehrzahl der sonst „leidenswerten“ Lokale herrscht ein Mann mit einem Wichtuch vor der Tür einer Opfergabe. Meine einzige Rettung am letzten Sonntag war ein diensttuender Beamter einer öffentlichen Behörde, der mir erlaubte und „nur ausnahmsweise“ den Weg zur Publikums-Toilette ebnete. — Das ist „nur eine Kleinigkeit“. Aber für den Arbeitslosen, der Tag für Tag durch ganz Berlin streift, um womöglich endlich irgendwo Arbeit zu finden, und sei es auch nur zur Ausschilfe, ist das ein unlagbar peinlicher „Zustand“. Soweit die Zufahrt, die mir der Beachtung der zuständigen Stelle empfohlen. Dabei mag folgende eine weitere Zufahrt finden, die eine Unflut rügt, die sich in der letzten Zeit eingebürgert

Laxin führt ab, es wirkt sehr milde, versuch es, und Du bist im Bilde

Der stabile Pariser Franken.

Enttäuschte Träume. — Unerwünschte Folgen.

Nach als letzte der großen europäischen Währungen ist jetzt der französische Franken gefestigt stabilisiert worden. In Wirklichkeit ist die französische Währung schon seit Ende 1926 stabil, und man hat jetzt für den gezielten Stabilisierungskurs einen Wert genommen (1 Pfund = 124,10 Franken, d. h. 1 Franken = etwa 6 M.), der dem Stand des Franken in den letzten anderthalb Jahren ungefähr entspricht. Damit sind die Hoffnungen derjenigen, die noch immer mit einer Renalorsierung, d. h. mit einer Wiederherstellung des Vorkriegswertes des Franken (1 Franken = 0,80 M.) rechneten, endgültig zunichte gemacht.

Der Wiederherstellung geordneter Währungsverhältnisse einen gesetzlichen Ausdruck zu geben, war in Frankreich in den letzten Monaten zu einer politischen Frage geworden. Bis zu den Wahlen 1926 hatte sich Poincaré stets geweigert, den Franken gefestigt zu stabilisieren, um den Wahlsieg damit führen zu können, daß nur er das begonnene Sanierungswert der Währung beenden könne. Dabei ließ er die Art der Sanierung — Renalorsierung oder Stabilisierung —, sowie den Kurs, zu dem stabilisiert werden könne oder sollte, im Ungewissen, wodurch er mit Recht erwarten konnte, Wähler aus allen Lagern an sich zu ziehen. Für jeden Außenstehenden jedoch erwies sich dieses Verhalten klar als ein Wahlmanöver, denn einerseits waren die technischen Voraussetzungen zur gezielten Währungsstabilisierung in Frankreich vorhanden, andererseits stand die Möglichkeit einer Renalorsierung schon lange außerhalb jeder Diskussion.

Staatshaushalt und schwebende Schuld.

Die technischen Voraussetzungen einer Währungsstabilisierung sind die Ordnung des Staatshaushalts und die Konsolidierung der inneren Staatschuld, d. h. die Umwandlung der kurzfristigen, sogenannten schwebenden Schulden in langfristige. Hier ist auf eine Besonderheit der französischen Währungsstabilisierung hinzuweisen: was gewöhnlich Folge der Stabilisierung zu sein pflegt oder sonst gleichzeitig mit der gezielten Stabilisierung durchgeführt wird, ist in Frankreich vorangegangen. Die Ordnung des französischen Staatshaushalts ist schon durch die Steuer-gesetze vom August 1926 erreicht worden. Auch für das kommende Jahr ist das Gleichgewicht des Staatshaushalts gesichert. Die riesigen schwebenden Schulden, die eine ständige Gefahr einer neuen Inflation darstellen, sind nicht wie in England erst nach der Stabilisierung konsolidiert worden, sie sind aber auch nicht wie in Belgien und Italien zwangsweise konsolidiert worden, man hat es verstanden, die kurzfristigen französischen Staatsschulden allmählich und freiwillig in langfristige Anleihen umzuwandeln.

Wenn man schon dabei ist, die Stabilisierung anderer Währungen zum Vergleich heranzuziehen, ist ein weiterer Unterschied auffällig. Die meisten Währungsstabilisierungen, zuletzt die polnische und italienische, demnachst hauptsächlich ebenfalls die rumänische und spanische, wurden und werden mit Hilfe von amerikanischem Kapital saniert: Frankreich hat die Mittel dazu ganz allein aufzubringen können. Das gelang ihm einerseits durch seine großen Goldvorräte, die es sich erhalten hatte, andererseits durch die großen Guthaben, die es im Ausland angehäuft hat. Diese Auslandsguthaben stammen teils aus den in der Inflation ins Ausland geflüchteten französischen Kapitalien, teils aus der in den letzten Jahren andauernd aktiven Zahlungsbilanz Frankreichs. Da das Vertrauen in die französische Währung in dem Maße wuchs, wie ihre faktische Stabilität andauerte, strömten die Auslandsguthaben in Form von Devisen wieder nach Frankreich hinein.

Um ein Steigen des Franken zu verhindern und die Stabilisierung nicht zu gefährden, sah sich die Bank von Frankreich gezwungen, alle ihr angebotenen Devisen zu kaufen, so daß sie über eine Milliarde Dollar in Devisen besitz. Hierdurch wird sie

unabhängig von der finanziellen Hilfe des Auslandes.

Das geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Devisenbestand der Bank zusammen mit ihrem Goldvorrat den Geldumlauf des Landes zu mehr als 40 Proz. deckt, während in dem neuen Stabilisierungsgesetz nur eine 30prozentige Deckung vorgeschrieben ist. Bergegenwärtig man sich außerdem noch, daß der französische Staat sich durch das Ergebnis der letzten großen Inlandsanleihe in den Stand gesetzt sieht, seine ganzen Schulden an die Bank von Frankreich zu bezahlen, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die technischen Voraussetzungen für die Stabilisierung die denkbar günstigsten sind.

Daß man trotzdem solange gezögert hat, die tatsächliche Stabilisierung zu dem gegenwärtigen Kurse gesetzlich festzusetzen, ist nicht allein auf die Wahlen zurückzuführen. Es gab eben wider alle Ver-

mut in Frankreich immer noch allzu viele, die von einer Wiederherstellung des Vorkriegskurses träumten. Eine solche Renalorsierung ist das Gegenteil einer Inflation, nämlich eine Deflation, d. h. also eine Verminderung des Zahlungsmittelumschlages, Einschränkung der Kredite, Senkung des Preisniveaus.

Die Gewinnenden bei einer Deflation

sind die Gläubiger, die Verlierenden die Schuldner. Interessenten einer Renalorsierung des Franken, also einer Deflation, sind die französischen Rentner, denn der Wert ihrer Renteneinnahmen steigt, da sie sich infolge der sinkenden Preise mehr dafür kaufen können. Der Staat, als größter Schuldner — und besonders der französische Staat, der der Bank von Frankreich riesige, in der Inflation aufgenommene Summen schuldet —, ist der größte Verlierer, denn er muß mehr zurückgeben, als er bekommen hat, da das Geld mehr Waren kaufen kann, wenn er es zurückgibt, als zu der Zeit, wo er es bekommen und ausgegeben hat.

Die Bank von Frankreich ist zwar als Gläubiger des Staates an der Deflation interessiert, andererseits werden aber für sie diese Vorteile mehr als aufgewogen durch die großen Verluste, die sie als Besitzerin großer Devisenvorräte durch eine Deflation erleidet.

Der Exporthandel und die exportierende Industrie scheinen zwar von einer länger andauernden Deflation zu profitieren, da die sinkenden Inlandspreise ihre Chancen der ausländischen Konkurrenz gegenüber erhöhen; in Wirklichkeit jedoch überwiegen für beide die Nachteile einer solchen Entwicklung, denn die bei einer Deflation unvermeidliche Kreditbeschränkung macht sich für sie noch und trübsalhaft bemerkbar, ehe noch die darauf sich folgende Preisentwertung ihre Ausfuhrmöglichkeiten verbessert. Außerdem kann sich die ausfuhrfördernde Wirkung einer Deflation auf exportierende Industrien nur dann voll auswirken, wenn sie nicht auf die Einfuhr von Rohstoffen angewiesen sind. Auch auf die für den Binnenmarkt produzierende Industrie muß die Aussicht auf sinkende Preise lähmend wirken, da sie ihre Produktionsmittel teurer eingekauft hat und außerdem unter der Kreditbeschränkung zu leiden hat.

Einzig für die Arbeiterschaft — von den Rentnern abgesehen — scheint die Deflation sich nicht ungünstig auszuwirken. Mit dem allgemeinen Preisniveau müssen auch die Preise für die Güter des Massenkonsums sinken. Natürlich werden auch die Löhne eine sinkende Tendenz zeigen, aber zum mindesten im Anfang wird das Einkommen der Arbeiter etwas weniger rasch sinken als die Preise; diese Tendenz kann durch die gewerkschaftlichen Machtmittel wirksam unterdrückt werden. Dann aber wird infolge der eben erwähnten krisenhaften Erscheinungen im Wirtschaftsleben, der unvermeidlichen Zusammenbrüche als Folge der Kreditbeschränkung, die Arbeitslosigkeit steigen und ihrerseits einen Druck auf die Löhnhöhe ausüben, der die Senkung der Preise mehr als ausgleichen wird. Schließlich steht auch die Arbeiterschaft schlechter da als vor der Inflation. Aus all dem geht hervor, daß letzten Endes

als einzige Schicht die Rentner

aus einer Renalorsierung des Franken einen nützlichen Vorteil ziehen können. Ihnen gegenüber stehen alle übrigen Bevölkerungsschichten. Es konnte kaum fraglich sein, wer in diesem Kampfe Sieger bleiben würde, zumal da die Vermutung ganz offenbar auf dieser Seite lag. Eine volle Wiederherstellung des Vorkriegswertes des Franken hätte für das ganze Land eine lange Zeit schwerster Wirtschaftskrisen und Depressionen mit großer Arbeitslosigkeit und Verminderung vieler Existenzen bedeutet.

Demgegenüber hat man es vorgezogen, die Träume der französischen Rentner aufzulösen zu lassen. Was das für diese bedeutet, davon können wir uns in Deutschland kaum einen Begriff machen. Zwar sind die Rentner in Deutschland durch die Inflation in einem ganz unermesslich viel größeren Ausmaß gefährdet worden als in Frankreich. Dennoch kann man annehmen, daß die Enttäuschung und die Erbitterung in den französischen Rentnerkreisen eine viel größere ist als in Deutschland. Das ist einerseits daraus zu erklären, daß das französische Volk bis zum Kriege ein ausgesprochenes Rentnervolk war. Ein weit größerer Teil der Bevölkerung als in Deutschland lebte von Einnahmen aus Staatsrenten. Diese Tatsache hat auf die Einstellung des französischen Rentners eingewirkt: dem Franzosen ist nichts schmerzlicher als ein Anlassen seiner Renteneinnahmen. Aus diesem Grunde ist auch in Frankreich ein harter Kampf um die Aufwertung zu erwarten, ein Kampf, der höchstwahrscheinlich auf beiden Seiten mit größter Schärfe und Hartnäckigkeit geführt werden wird.

Bankenspiegel und Wirtschaftslage.

Die durch den Konjunkturstillstand gegenwärtig gekennzeichnete Wirtschaftslage wirkt sich auch im Spiegel der Banken aus. Die seit März erfolgenden Monatsberichterstattungen von Privat- und Staatsbanken, sowie Girozentralen, zeigen im Monat Mai für die Stagnation der Wirtschaftsentwicklung recht charakteristische Merkmale. Zwar sind bei sämtlichen 91 Kredit- und Hypothekenbanken, 22 Staats- und Landesbanken und 17 Girozentralen gegenüber Ende April die gesamten Bankbilanzen noch um 2,8 Proz. auf 15,85 Milliarden Mark gestiegen. Die Verwendung dieser den Banken zur Verfügung stehenden Gelder zeigt aber deutlich, daß die rein wirtschaftlichen Zwecke zurücktreten hinter den löhnmäßigen. Obwohl die Zahl der Kreditbanken, die zur Statistik berichten, gegenüber April um 3 auf 91 gestiegen ist, sind die Bestände an hereingekommenen Wechseln von 3,45 auf 3,40 Milliarden Mark gesunken. Wenn man den statistischen Zuwachs abzieht, zeigt sich zum erstenmal seit langen Jahren auch bei den laufenden Kreditgewährungen an die Wirtschaft mit 8,52 Milliarden Mark Ende Mai ein Rückgang von 41 Millionen Mark. Demgegenüber ist interessant und kennzeichnend, daß die Banken, wie es bei stagnierender Wirtschaftsentwicklung regelmäßig ist, der Börse weder mehr Geld zur Verfügung stellen. Die Börsenzuschüsse sind von 0,92 auf 1,02 Milliarden Mark gegenüber April gestiegen.

Die Entwicklung bei den Landesbanken und Girozentralen ist durch die bessere Lage des Kapitalmarktes weiter begünstigt worden. Die von diesen zur Gewährung von langfristigen Hypothekendarlehen oder Kommunalanleihen aufgenommenen Anleihen haben sich gegenüber April von 3,08 auf 3,34 Milliarden erhöht.

Deutsche Kirchenanleihen en gros.

Für die Beschaffung von ausländischen Anleihen für kirchliche Institutionen in Deutschland wurde kürzlich eine besondere holländische Finanzgesellschaft gegründet, die Raatschappij voor Buitenlandsch Hypotheek Credit in Nimmegen. In dieser Gesellschaft ist von deutscher Seite insbesondere der Caritas-Berand des Bistums Mainz beteiligt. Die Gesellschaft beschafft für kirchliche Zwecke durch die Ausgabe von Goldpandbriefen in deutscher Währung hypothekarische Kirchenanleihen en gros. Dem dient eine in den nächsten Tagen aufzulegende Anleihe über 800 000 Gulden 6 1/2 Proz. Goldpandbriefe zum Kurse von 97 Proz. Dieser Auslandskredit für kirchliche Zwecke ist immerhin billig, und wir müssen nur wieder bedauern, daß man ähnlich billigen Auslandskredit zur Förderung des deutschen Wohnungsbaues in Deutschland nicht zu beschaffen in der Lage ist, daß vielmehr ausländischer Wohnungsbaukredit von der Beratungsstelle grundsätzlich verjagt wird.

Neue Wohnungsbauten.

Im letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik“ werden aus 86 bzw. 96 deutschen Groß- und Mittelstädten Ziffern über Bauvollendungen und begonnene Neubauten in den Monaten Februar bis April dieses Jahres veröffentlicht. Der Neubau von Wohnungen wurde im April in 2288 Häusern mit 7404 Wohnungen begonnen. Bauvollendungen erfolgten in 2196 Neubauten mit 7223 Wohnungen. Der Zugang neu begonnener Häuser und Wohnungen hat damit in diesem Jahre zum erstenmal die Vollendung von im vorigen Jahre begonnenen Neubauten übertraffen.

Internationale Rohstahlgemeinschaft.

Böglner nicht neuer Vorsitzender. — Unveränderte Quoten.

In der gestrigen Sitzung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft in Düsseldorf wurde der durch den Tod des Generaldirektors Renrich erledigte Präsidentenposten der Internationalen Rohstahlgemeinschaft nicht, wie vielfach erwartet, durch Dr. Böglner, sondern durch den Nachfolger Renrichs in der Arbeit, Generaldirektor Meyer, besetzt. Die auf die beteiligten Länder entfallenden Quoten erfuhr entgegen der Mitteilung, daß Frankreich und Belgien Erhöhungsanträge stellen wollen, keine Veränderung.

Der Norddeutsche Lloyd entzieht Aufträge.

Der Norddeutsche Lloyd hat seinen Sitz in Bremen. Es ist naheliegend, daß die Lloyd-Bermaltung, die mit der Hapag in Hamburg eifersüchtig konkurriert, auch die bremische Werftindustrie bevorzugen würde. Bremen hat neben anderen kleineren auch die große Weserwerft, die das Hauptmerkmal des Deschimag-Konzerns darstellt, der ebenfalls seinen Sitz in Bremen hat. Der Norddeutsche Lloyd scheint aber zu fürchten, daß die wachsende Macht der Deschimag die Angebotskonkurrenz für den Schiffbau zu seinen Ungunsten beeinflusst. Wohl nur so ist es zu verstehen, daß kürzlich der Umbau des Dampfers „Columbus“, der mit seinen 36 000 Tonnen etwa 7 Millionen Mark Umbaufkosten veranlaßt hatte, nicht an die Weserwerft, sondern an Blohm u. Böh in Hamburg gegeben wurde. Darüber hinaus aber hat der Norddeutsche Lloyd auch zwei Frachtdampfer von je 10 000 Tonnen, die in Bremen gebaut werden sollten, ebenfalls zu Blohm u. Böh gelehrt. Für die bremischen Werftarbeiter entsteht dadurch eine sehr unangenehme Situation. Im August soll nämlich der große 46 000 Tonnen-Dampfer „Bremen“ des Norddeutschen Lloyd — das Schwester Schiff „Europa“ wird in Hamburg gebaut — vom Stapel gelassen werden. Die große Belegschaft der Weserwerft wird nachher, weil die erwarteten Lloyd-Aufträge abgezogen worden sind, zum großen Teil arbeitslos werden.

Für österreichische Grundbuchinteressenten. Wie die österreichische Gesandtschaft in Berlin mitteilt, ist ein weiterer 7420 Einlagen umfassender Teil des beim Brand des Wiener Justizpalastes vernichteten Grundbuches wiederhergestellt worden. Das vom Oberlandesgericht Wien eingeleitete Richtigerungsverfahren sieht für diese Gruppe als Endtermin, bis zu welchem die Anmeldung der in den neuen Grundbüchern nicht enthaltenen Rechte sowie eventuelle Widersprüche gegen die Eintragungen den 15. August 1928 vor. Drei Viertel des vernichteten Grundbuches sind bereits wiederhergestellt. Im Laufe des Sommers soll der Rest folgen.

Neue französische Reparationsaufträge. Das französische Ministerium für öffentliche Arbeiten hat mit den südrussischen Bahnen einen Vertrag zur Fortführung der Elektrifizierungsarbeiten abgeschlossen. Zu diesen Arbeiten, die bei einer Erweiterung der elektrifizierten Bahnstrecke um 850 auf 1950 Kilometer etwa fünf Jahre in Anspruch nehmen werden, soll die deutsche Industrie in größerem Umfange als bisher herangezogen werden. Es sind bereits Verhandlungen mit Industriegruppen im Gange, die Aufträge von 45 Millionen Mark auf Reparationskonto vorzulegen.

Die polnisch-tschechischen Zollverhandlungen, die mit den deutsch-polnischen parallel liefen, sind schon befriedigend für beide Teile beendet worden. Die Ratifizierung der Verträge soll bald erfolgen. Wann werden die deutsch-polnischen Verhandlungen befriedigend zu Ende geführt sein?

Gewinne der Schwerindustrie.

Rhein Stahl 6 Prozent, Stinnes 7 Prozent Dividende.

Der Rhein Stahlkonzern hat zwar seine gesamten Erzgruben, Hochofenanlagen, Stahl- und Walzwerke in die Rheinische Stahlwerke (Stahltrüf) eingebrocht, verfügt aber bei seinem großen Jadenbesitz immer noch über eine Belegschaft von 21 000 Mann. Die Gesellschaft, die bei ihrem Aktienkapital von 150 Millionen Mark Beteiligungen von 92 Millionen Mark aufweist, darunter 70 Mill. Mark Vereinigte Stahlwerke, und 12 Mill. Mark Farbentrust Aktien, ist also eine gemischte Produktions- und Holdinggesellschaft.

Wie sich der Reingewinn des letzten Geschäftsjahres von 9 Mill. M., von dem wieder 6 Proz. Dividende gezahlt werden, zusammenfügt, läßt sich bei der Undurchsichtigkeit der Gewinnrechnung nicht feststellen. Der Geschäftsbericht bemerkt nur, daß der größte Teil der Gewinne aus den Beteiligungen, also den Dividenden-erträgen des Stahl- und Farbentrusts herrührt. Die Kohlenförderung mit 5,4 Millionen Tonnen, die Koksproduktion mit 1,4 Millionen Tonnen, sowie die Braunkohlenförderung mit rund 0,6 Millionen Tonnen hält sich ungefähr auf dem Stand des Vorjahres, wobei die weitere Steigerung der Leistung je Mann und Schicht von 1,12 auf 1,13 Tonnen hervorzuheben ist.

Die großen Summen, die der Konzern auch in diesem Jahre aus laufenden Gewinnen in die Anlagen stecken konnte, zeigen die großen Betriebsreserven im Ruhrbergbau aus den letzten beiden Konjunkturjahren. Die Anlage der Zentralkohlerei auf der Zeche Arenberg, die Umbauten und anderen mechanischen Re-anlagen brachten einen Anlagezuwachs um 20 auf 95,4 Millionen Mark. Trotz dieser Beanspruchung der laufenden Einnahmen ist die Finanzlage des Konzerns besser denn je. So sind die 900 000 Mark Bankguthaben auf über 8 Mill. M. angewachsen, und die übrigen Forderungen um weitere 10,0 auf 49 Mill. M. Demgegenüber betragen die gesamten Beteiligungen noch nicht 40 Proz. Größere Veränderungen sind im letzten Jahre auf dem wichtigen

Beteiligungsstamie vorgenommen worden, das sich von 120 auf 92,4 Millionen Mark erhöhte. Diese Senkung ist u. a. auf die Veräußerung von 17 Mill. M. Beteiligungen zurückzuführen, die bei einem Ausgabekurs von 130 Prozent ein Agio (Mehreres gegenüber den Buchwerten) von 11,5 Mill. M. ergab. Dieser Betrag, der dem Referenzfonds zugewandt wurde, erhöhte die offenen Reserven mit 41,4 Mill. M. auf 27,5 Prozent des Aktienkapitals.

Der Abschluß der deutschen Stinnes-Betriebe, der in diesem Jahre die Gewinne des Rülheimer Bergwerksvereins und die Gewinne aus der Interessengemeinschaft mit der Gewerkschaft Mathias Stinnes verbindet, bietet nach ihrer Veranschlagung mit der Zeche Ber. Kolheim mit dem Vorjahr wenig Vergleichsmöglichkeiten. Aus einem Reingewinn von 15 Mill. M. wird wieder die im letzten Jahr auf 7 Proz. heraufgelebte Dividende gezahlt. Auch die Stinneszechen haben ihre Kohlenförderung im Berichtsjahr von 2,1 auf 2,27 Millionen Tonnen erhöht. Die Belegschaft, die Anfang 1927 7338 Mann betrug, hat sich bis zum Ende des Jahres nur unwesentlich um etwa 100 Mann erhöht.

Im Hinblick auf die Diskussion über die notwendigen Abschreibungsätze im Steinkohlenbergbau bei der Veröffentlichung der Schmalenbach-Gutachten ist interessant, daß die Stinneszechen je Tonne geförderter Kohle einen Abschreibungsatz von 45 Pfennig für ausreichend halten, während der Rhein Stahlkonzern 1,11 M je Tonne geförderter Kohle von seinen Anlagen abgeschrieben hat.

Diese hohe Spanne in der Abschreibungspraxis der Zechen beweist erneut, wie sehr die Mehrheit der Schmalenbach-Kommission auf dem Holzwege war, theoretisch einen Abschreibungsatz von 1,74 Mark je geförderte Tonne festzusetzen und von dieser Basis aus eine Verlustwirtschaft im Bergbau herauszurechnen.

Vortrag über das Problem Ferngasversorgung. Der Rizepräsident des deutschen und preussischen Städteverbandes Dr. Eissas spricht am 28. Juni 8 Uhr abends im Hörsaal 101 der Berliner Universität über das Thema: „Das Problem der Ferngasversorgung und die Kommune“.

Der Soldat von Belleau.

Von Hermann Schühnger.

Belleau ist ein kleines Nest im ehemaligen französischen Kampfgebiet. Ein Städtchen, das, wie Hunderte seiner Kameraden, durch den Krieg abgedeckt und bis auf die Häusermauern ausgeräuchert worden ist.

Jetzt redt es sich wieder behaglich wie in der Vorkriegszeit mit seinen gestülpten Dächern, zugebauten Schuppen und Scheunen zwischen den braunen Aekern und den grünen Wiesen im Ardennenwald. Wie, wenn nichts gewesen wäre, stehen die Bauern mit den weiten Bluderkosen und den farbigen Hemden unter den Türen, und die Mädel holen wie immer das Wasser in großen Kübeln von dem Brunnen, der an der „Place de marche“ so eizehrt Kulturzentrum markiert.

Auch der Gasthof am Markt, das „Hotel Reunier“, das feinerzelt von einer Mörsergranate wie ein Kartenhaus auseinandergebrochen wurde, ist wieder in Betrieb und in der „guten Stube“ wird heftig debattiert über die Getreidepreise, den Futtermittelhandel, den Landrat in Stenog, den Prefekt in Reims und über die Kammerwahl.

Belleau ist trotz seiner Kriegsblöße ein unbekanntes Landschaftchen geblieben. Während die Nachbarorte als Ausgleich ihrer Leiden mächtige Kriegerdenkmäler oder berühmte Schlachtennamen erhalten haben: Varennes — Tahure — Vouziers — Grandpré — Mülle sur Tourbe — Suippes usw., verfügt Belleau lediglich über einen riesigen Soldatenfriedhof! Der verschlingt viel Land und Geld und bringt wenig ein. Der Superintendent von Stenog, der ihn feilsch betreut, kriegt 300 Franken, der Friedhofswärter, der auf die Kreuze und auf die Kieswege zu achten hat, vereinnahmt dafür 250 Franken vom Staat und setzt sie an der Theke des „Hotels Reunier“ in Handwein um. Von den Deutschen kommt alle Jahre vielleicht einer oder zwei zum Gräberbesuch; Angehörige der französischen Kriegstoten finden sich etwas häufiger ein; wäre nicht der „Amerikaner-Friedhof“, der mit seinen opulenten Steinen und sauber lackierten Kreuzen förmlich das Zentrum der Anlage bildet, dann wäre selbst diese kümmerliche Sensation von Belleau reichlich uninteressant!

Heute aber ist in der „guten Stube“ des „Hotels Reunier“ förmlich ein großer Tag!

Der Zufall hat die Kirchhofbesucher förmlich an einen Tisch geweht. Sie haben sich draußen in der Holzbaracke des Friedhofswärters beim Studium der „Gräberliste“ getroffen und sind dann zusammen im „Hotel Reunier“ zum Dämmerschoppen eingeleitet.

Der Franzose hat zufällig in dieser Gegend, in Sufancy, Getreide einzukaufen und hat bei der Gelegenheit einige Kameraden des „119 léme de liane“ am Sammelriedhof von Belleau besucht. Der Deutsche ist auf der Reise nach Paris, um dort Kriegsberichte über die Kammerwahlen zu schreiben. Er hat in Charleville einen Zug überprüngen, um in einem klapperigen Mietauto einige Gräberbesuche, die ihn schon lange drücken, auf sich zu nehmen. Der Amerikaner aber ist eigens übers Wasser gekommen — wie er sagt —, um dem Friedhof von Belleau eine Visite abzustatten.

Die beiden anderen Besuchstoten schütteln mitleidig den Kopf und betrachten den langen hageren Burfschen (sowen von der Seite. Er hat etwas Hartiges und Fähriges an sich, vieler ehemalige Tommy, der da in seinem tadellosen „French-Boat“ und den Knickerbockers vor ihnen sitzt.

„Ahr glaubt wohl nicht, daß man eigens zu einem Friedhofbesuch über das große Wasser kommen kann?“

„Rein!“ versichert der Deutsche und denkt an den Zugangschluß in Reims.

„Unmöglich!“ konstatiert der Franzose und überlegt im stillen den Reingewinn des Getreidegeschäfts.

„Warum nicht?“ mischt sich der Superintendent dazwischen, „warum soll einer nicht eigens um die halbe Welt gefahren kommen, wenn ihm irgendein Erlebnis wie Feuer in der Seele brennt?“

„Rein!“ repliziert der Deutsche, „das ist schon zu lange her — dieser Krieg!“

„Rein!“ pflichtet ihm der Franzose bei, „die Erinnerung erlischt und es bleibt nur ein reichlich problematisches Gräberfeld!“

Der Amerikaner aber sieht an den Dreien vorbei in ein Loch hinein.

Man plaudert über dies und das: „Hören Sie mal! Die „Cultivateurs“ von Belleau sind noch genau so gemächlich und bedürfnislos wie in der großen Zeit!“

„Stimmt! Zweidrittel ihrer Zeit stehen sie unter der Haubüre und hören in den weiten Holentischen umher!“

„Rauchen die unvermeidliche Pfeife!“

„Und die Latrinen sind noch genau so primitiv wie Anno dazumal!“

„Sowohl — ein Fass — ein Brett — und Schluß damit!“

„Können Sie die alte Madame Duru, die hat das meist zwischen den Kohlrüben in ihrem Garten abgemacht!“

„Nichtig! So — des wegen sah sie immer eine Viertelstunde zwischen ihrem Kohl!“

„Na — und die Leo, die Lehrerin von Chatas, haben Sie die gekannt?“

„Über sicher! Die Didel! Die war die Köhnmutter des Dotalions!“

Der Klatsch dreier Armeen rinnt wie eine breite Wache durch die Dreesstraße von Belleau.

Es wird Nacht. Die Zugangschlüsse sind verpaßt und doch trennt man sich nicht.

„Mein Gott — so ein Zusammenreffen wie das findet man so schnell nicht mehr! Drei Besuchstoten beim Beichenschmaus am Friedhof von Belleau — jeder von einer anderen Armee!“

„Beichenschmaus ist gut!“ jagt der Amerikaner und kauft die Ranne leer, „im allgemeinen macht man den Beichenschmaus hinterher! Ich schick mich aber doch erst morgen tot — am Soldatenfriedhof von Belleau!“

Der Franzose tippt sich leise an die Stirn und der Deutsche verlornt mahnung seine Rechnung:

„Oh glaube — wir haben zu viel getrunken! Beingen wir den Kameraden hinaus!“ — — —

Es der Morgen graut, liegt der Sergeant Erider der 1. Pioneerkompanie der 2. U.S.A.-Division mit einem kleinen Loch in der Stirn am Friedhof von Belleau.

Der Wärter wendet den langen Burfschen hin und her, nimmt ihm die Pistole aus der Hand, läuft schmucklos ins Hotel Reunier, alarmiert die Wirtin, die Gäste, den Maire und den Superintendenten.

Schließlich streift eine kleine Truergemeinde um den Körper des

Der geborstene Schaffschädel.

Ein Reisebrief.

Beim oberbayerischen Dorfe Kochel gibt es allerhand Rühmenswerte. Den See, Nau wie auf Ansichtspostkarten, in dem die Gipfel des Herzogenstand und Heimgarten ihr Spiegelbild haben. Das Großkraftwerk, das erfreulich wenig die Landschaft verunstaltet und von dem niemand weiß, daß es eine Schöpfung der Revolution und ein Ruhmesdenkmal für die Ministerstätigkeit des Sozialdemokraten Erhard Auer ist. Das Strandbad mit dem anerkannt schönen Bild von seiner Terrasse. An ihm freut sich besonders, daß es der Münchener Staats- und Gemeindearbeiterverband erworben und als Ferienheim für seine Mitglieder eingerichtet hat. Bravo! Ueber diese Dinge ließe sich viel berichten.

Jedoch: ich will mich an das große Vorbild des reisenden Goethe halten, der am venezianischen Strand — allen Zauber der Märchenstadt vergehend — einen geborstenen Schaffschädel aufhob und sinnend sich in dessen Anblick vertiefte. Ludwig Börne hat Goethe das nie verziehen. Aber wir verzeihen es, denn dieser Schaffschädel erfüllte das Forscherhirn Goethes mit einer genialen Intuition; er offenbarte ihm ein Stück Deszendenztheorie.

Der mich fesselnde geborstene Schaffschädel aber befindet sich nur wenige hundert Schritt entfernt von der sauberen Eisenbahnstation Kochel, wo man in Kisten Ansichtspostkarten, Ruhglocken, Bananen und stinklangweilige Münchener Zeitungen kauft.

Mein geborstener Schaffschädel ist ein trohiger eiserner Mann, der mit stacheligem Morgenstern furdjermessend droht. Er stampft vornübergebeugt einen Steinsofel. Die Insektist läßt unter überwunderndem Ejeu noch einige Worte von bayerischer Treue entziffern.

Scharfsinnige Leser haben bereits erraten, daß es sich um ein Denkmal des fagenhaften „Schmied von Kochel“ handelt. Den auch Desregger gemalt hat, wie er mit wuchtender Wogendeichsel das Sendlinger Tor einrammt.

Geschichtsnachhilfe dürfte am Plage sein. Also — das war im Jahre 1705, als aus irgend welchen dynastischen Erbfolgestreitigkeiten die Oesterreicher den damaligen bayerischen Landesvater aus München verjagt hatten. Da aber erhoben sich die waderen Oberländer, genau so bieder und treuerzig, wie man sie noch heutigen Tages von den „Dachauern“ am Platz dargestellt sieht, an ihrer Spitze der Schmied von Kochel, die beiden Hofner von Marbach, der Rappenswirt von Wallenburg usw. (Nur der Hotelier von Garmisch dürfte damals gefehlt haben. Er hätte am Sendlinger Tor die Wogendeichsel erpart, er hätte sich durch sein tipptoppes Aueheres, schlammigenfalls durch das ortsübliche Trinkgeld ohne weiteres Einlaß verschafft.) Der helle Hauke zog auf München, am Sendlinger Tor entbrannte der Entscheidungskampf und endete — wie weiß in der Geschichte — mit der bluttriefenden Niederlage häuerischer Draußgänger gegen Disziplin und Schutung kaltblütiger Söldner.

Dafür hat nun der Schmied von Kochel, dessen wirklichen Namen kein Heidenbuch meldet, ein Denkmal von Erz bekommen, ein Bild von Desregger und obendrein poetische Nachrufe aller Art.

Im Jahre 1905, just als ich in München studierte, wurde die 200jährige Wiederkehr des Tages von Sendling feillich begangen. Im läublichen Dachau erlebte ich eine besonders eindrucksvolle Feier. Dort veranstaltete die wohlwollige Direktion Friedrich Rohsbauer „mit gütiger Bewilligung des Herrn geistlichen Distriktschulinspektors“, wie der Theaterzettel kundgab, eine große Festvorstellung: „Die Bauernschlacht von Sendling“ oder: „Unser tapferer Oberländer“ oder: „Die beiden Hofner von Marbach“ oder: „Der Schmied von Kochel“.

Ich kann heute, nach 25 Jahren, gar nicht mehr schildern, wie schön alles war. Im ersten Akt durften zwei Ortseingewessene als Statisten vor einem ergriffenen Publikum mehrere Maßtrüge Bier leeren und toten das äußerst eindrucksvoll. Dann wurde ein Berater entlarvt, und während er einen Monolog sprach, um am Schluß nur noch ingrinnig zu kurren: „Ich verbitte mir diese Behandlung“ — währenddem also mußte das arme Fräulein Rohsbauer (Tochter des Herrn Direktors) als heldenmütige Rappenswirts-

tochter zehn Minuten lang mit steifem Arm eine ungeheure Räuberpistole auf den Kopf des Lumpen richten, wobei ihr durch natürliche Ermüdung mehrmals das Schießseifen herunterfiel, was gottlob der Arretierte sich nicht zunutze machte. Hinter dem zweiten Akt gab es ein lebendes Bild „Die Schlacht von Sendling“: Unter ungeheurer Gestank und befallstojender Galerie wurden Pulvermassen verknallt, während ein aus Pappe geschnittener Fierdeskopf sich hinter der Kuffisse vorschob, den entscheidenden Vorstoß der kroatischen Kavallerie martierend!

Doch den Höhepunkt der Begeisterung erzielten die Aktchüsse. Sie waren alle drei gleich und bestanden darin, daß der alte Hofner von Marbach (vom Herrn Direktor persönlich gespielt) vor die Rampe trat und pathetisch die Berge sprach:

„Lieber boarisch sterben,
Als kaiserlich verderben.“

Das „kaiserlich“ bezog sich zwar auf das Kaiserhaus Habsburg von 1705 — aber die unerbildeten dürftlichen Zuhörer sahen es ganz inkonkris so auf, wie die bayerische Volksseite im Jahre 1905 das Wort „kaiserlich“ verstand. Sie sahen im Geiste einen ungnupathischen Mann mit ausgezwirbeltem Schnurrbart vor sich, und minutenlang bröhnte der Applaus von Bauernräuften und Schaffschädeln.

Zehn Jahre später sind sie dann — trotzdem und trohaleidem — mit Begeisterung „kaiserlich verdorben“ und — haben es bis heutigen Tages nicht begriffen!

Was mich auf den geborstenen Schaffschädel zurückführt. Vor dem Denkmal bayerischer Mannestreue begann nämlich mein Gehirn also zu philosophieren:

Vor 200 Jahren opferte ein kerniger Volksschlag sein bestes Blut, damit Bayern nicht österrichisch wurde. Der Schmied von Kochel wurde zum Volkshelden des Aufstandes.

Rund hundert Jahre später: Unter dem Volkshelden Andreas Hofer erhoben sich, ebenso fürstentreu und todesmutig wie die bayerischen Oberländer, die Stammesverwandten Tiroler, damit das österrichische Tirol nicht bayerisch werde. Wieder fließt Blut in Strömen, Hofer wird von den Franzosen zu Mantua standrechtlich erschossen.

Und wieder hundert Jahre später: Als begeisterte Bundesgenossen ziehen Bayern und Tiroler Schulter an Schulter in den Weltkrieg, um kaiserlich zu verderben! — Die einen kaiserlich hochzollern, die anderen kaiserlich habsburgisch, aber es ist derselbe Tod, der gleiche Untergang. Nach der Niederlage, als es hüben und drüben nichts Kaiserliches mehr gibt, da spinnt der bayerische Bauerndoktor Heim seine Fäden nach Tirol hinüber, möchte mit gleichgestimmten österrichischen Bauernführern einen kaiserlich katholischen Südstaat aus Bayern und Tirol gemeinsam unter französischem Protektorat errichten.

Wofür ist nun der Schmied von Kochel gestorben? Wofür hat Andreas Hofer sich geopfert? Für welches Ziel stößt vor zweihundert Jahren das Blut der Oberländer? Vor hundert Jahren das Blut der Tiroler? Vor zehn Jahren das Blut beider? Erst gegeneinander, dann füreinander? Was sind patriotische Hochziele, aus einer geschichtlichen Distanz von 200, von 100 Jahren betrachtet? Was damals so hehr leuchtete, daß Menschen dafür ihr Leben opfern zu müssen glaubten, das sieht sich heute als dumme, als allerdümmste Engstirnigkeit an. Für ein Nichts bist du gefallen, armer unwissender Schmied von Kochel, für das verwehte und begrabene Privatinteresse deines Fürsten hast du nebst deinen Getreuen dich schlachten lassen. Den Entschluß ist deine Tat ein geschichtlicher Unsin!

Eiserner Mann von Kochel, ich danke dir für diese Erkenntnis. Du hast — ein geborstener Schaffschädel — mich ein Stück geschichtliche Deszendenztheorie gelehrt. Jonathan.

Nachwort: Nach diesem Exkurs in erledigte Jahrhunderte genoss ich mit Behagen einen frisch aus dem See gefischten Reuten im Heim der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Hier mußte es gar nicht mehr nach Vergangenheit, sondern riecht hübsch frisch nach Gegenwart — und Zukunft! Jonathan.

einzigsten Sergeanten und starre über den jüngsten Toten des Friedhofs auf das Gräberfeld der zweiten amerikanischen Division.

„Sie haben ihn nicht mehr losgelassen — die da unten!“ meint der Deutsche.

„Ahn hat das Leben schon damals zerbrochen!“ meint der Franzose.

„Er wird nicht der einzige Selbstmörder bleiben, der sich die Kameradengräber als Ruheplatz aussucht!“ meint der Superintendent.

„Bieleid!“ stimmt ihm der Deutsche zu, „die Idee ist nicht schlecht! Einen Stuch haben wir alle seit dieser Zeit! Errichten Sie Referengräber in jeder Ecke — für lebensmüde Besuchstoten, Herr Superintendent!“

„Ob das die Präfektur gestattet?“ wendet der Friedhofswärter schlichtern ein!

„Der gehört hierher! Rein mit ihm!“ entscheidet der Superintendent.

Trauermusik. Grabgeläute. Kriegervereine. Infanteriehüte. Fahnenmädel. Trauerreden. Madame Duru aber sitzt im Garten und schüttelt die schlafweiche Wähne: „O — la guerre! La guerre! Wann ist der Krieg zu Ende, ihr Herren!“

Stabusch.

Der Roman eines Wolfes.

Wölfe, es ist gewiß eigenartig, daß gerade diese unruhigen Gesellen, immer und immer wieder Schriftstellern eine in Arbeit ungesetzte Begeisterung abringen. Wie so oft schon wurde er zur Romanfigur, der Wolf, der fast nie einen Paß mit dem Menschen schließt, und wenn er ihn schließt, nie den Menschen als Herrn, sondern nur seinen eigenen Wollswillen als Gebieter anerkennt. Das ist letzten Endes für den Abbezwinger Mensch etwas Imponierendes. So magte es auch in der heutigen Zeit des wirtschaftlichen Rhythmus der Franz Schneider Verlag, Leipzig 31 und Wien 1, mit „Stabusch, der Roman eines Wolfes“, auf dem Buchmarkt zu erscheinen. Wolf Durian schrieb, obwohl er nichts überwältigend Reines verhandelt, mit guter Beobachtungsgabe

und der richtigen, den Leser anziehenden Liebe zu Tier und Landschaft, dieses Buch. Er berichtet, wie ein Hund und ein Wolf sich finden, weil die Hundemutter, der ein Junges starb, ein Kind braucht und der kleine Wolf, dem die Mutter erschossen wurde, einer Mutter bedarf. Und dann leben wir Leser mit dem kleinen Wolf, der unter die Hunde geriet, sein Leben zwischen Gegenlägen. Dem heranwachsenden Wolf wird die Tätigkeit eines Schäferhundes aufgedrungen und er hütet am Tage die Schafe und reißt sie bei Nacht. Einmal verschwendet ein Mensch, ein einfacher Hirz, seine ganze Liebe an diesen Hund, von dem er ahnt, daß er ein Wolf ist. Er büßt seine hingebende Liebe mit dem Tode und doch erscheint diese Tat nicht konstruiert, nein, Wolf Durian, ließ erlebtes Gefühl zum Wort werden. Nach den wechselvollen Schicksalen findet das Tier seinen Weg in die Freiheit.

Und wie es ihm dort erging? Das hat der Verfasser nicht erzählt. Aber wir wissen es, Stabusch ist dort verkommen, elend verkommen sogar, doch, was macht's, dieser Wolf, den wir Leser liebgewonnen haben, er durfte in der Freiheit sterben. Erna Büsing.

Eine Landstraße mit Zentralheizung. In Nevada wird der Plan, einen Bergpaß während der Wintermonate zu heizen, ernstlich erörtert. Der Victory Highway, der über die Pässe der Sierra führt, ist im Jahr viele Wochen lang durch hohen Schnee völlig unpasseierbar. Wenn es nun gelänge, den Highway an der höchsten Stelle auf eine Straße von 16 bis 20 Meilen künstlich zu erweitern, so würde der Schnee schmelzen und der Verkehr auf der Straße das ganze Jahr hindurch möglich sein. Etwa 20 Meilen südlich von Reno befindet sich ein Gebiet mit zahlreichen heißen Quellen und tätigen Geysiren. Man will nun die heißen Dämpfe aus diesem Gebiet durch eine Rohrleitung in Kesseln sammeln, die in Abständen von vier Meilen längs der höchsten Punkte der Bergstraße aufgestellt werden sollen. Von den Kesseln aus würde dann die Erwärmung der Oberfläche erfolgen. Die Anlage dieser Straßenheizung würde zwar einen bedeutenden Kostenaufwand erfordern, aber der Vorteil der schneefreien Straße für den Verkehr ist groß genug, um diese Ausgabe zu rechtfertigen. Bestürmter des Plans verweist dabei auf eine ähnliche Anlage in Westwood, einer kalifornischen Stadt mit großer Holzindustrie. Hier hält man während des Winters die Straßen durch eine Dampfheizung schneefrei, die von einer Bauholzirma angelegt wurde.

